

STADT.LAND.LINKS

Das Verbandsmagazin der NRW JUSOS



NRWJUSOS



Housing First
Seite 12



**Der Zukunftstag
der NRW Jusos**
Seite 20



Das gute Leben
Seite 10



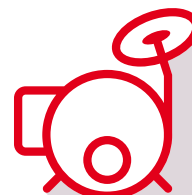
**Erinnerungskultur
vor Ort**
Seite 24



SELBER MACHEN.



**Antifaschismus in der
Brandenburger
Kommunalpolitik**
Seite 18



**Jusos im NRWSPD-
Landesvorstand**
Seite 22



**Feministische
Stadtplanung
mit Sarah Philipp**
Seite 14



Kommune für alle
Seite 8



**Mein schönes Viertel,
mein schöner Ort**
Seite 6



Nr.
33

AUG 2025

INHALT

KOMMUNALWAHL

ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN

Seite 04



KOMMUNALWAHL

MEIN SCHÖNES VIERTEL, MEIN SCHÖNER ORT

Seite 06



KOMMUNALWAHL

KOMMUNE FÜR ALLE

Seite 08



KOMMUNALWAHL

DAS GUTE LEBEN

Seite 10



SOZIALES

HOUSING FIRST!

Seite 12



SOZIALES

FEMINISTISCHE STADTPLANUNG & SARAH PHILIPP

Seite 14



ANTIFASCHISMUS

KOMMUNALPOLITIK IN BRANDENBURG

Seite 18



NRW JUSOS

UNSER ZUKUNFTSTAG

Seite 20



NRWSPD

FÜR EUCH IM NRWSPD- LANDESVORSTAND

Seite 22



ERINNERUNGSKULTUR

ERINNERN IN ZEITEN DES RECHTSRUCKS

Seite 24

LIEBE NRW JUSOS,

liebe*r Genossin*e, wenn du dieses druckfrische Verbandsmagazin aus deinem Briefkasten ziehst, kommst du vielleicht gerade von einem Wahlkampfstand, einer Tür-zu-Tür-Aktion oder einer Marktverteilung. Denn diesen Sommer heißt es raus auf die Straße, an die Klingeln und her mit den Flyern: **Wir sind im Kommunalwahlkampf!**

Dass es dabei vielerorts in NRW um mehr geht als ein schönes SPD-Ergebnis, weißt du sicher selbst. Überall in unserem Bundesland nehmen Rechtsextreme und Demokratiefeind*innen immer mehr Raum ein – bei der Kommunalwahl rennen wir deshalb nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern auch für den antifaschistischen Kampf.

Denn die kommunale Ebene ist Ort demokratischer Mitbestimmung und Teilhabe. Ob das Jugendzentrum, die Ausstattung der örtlichen Kita oder auch das Bus- und Bahnnetz in der Kommune: Kommunale Politik hat direkte und starke Auswirkungen auf alle. Genau dort wollen die Rechten angreifen und mit ihrer vergifteten Rhetorik und ihrer hasserfüllten Politik Stimmung machen. Um demokratische Mehrheiten zu kämpfen ist deshalb nicht nur eine Frage überregionaler Wahlen, sondern ganz effektiv das, was du und tausende andere Jusos im ganzen Land jetzt tun: bis zum Wahltag am 14. September und bis zu den Stichwahlen zwei Wochen später alles geben, für Kommunen mit Teilhabe, einer vernünftigen Daseinsvorsorge und Platz für alle.

Überall in NRW treten dafür auch Jusos für kommunalpolitische Mandate an und versuchen so, unsere Verbandsideen auch aktiv in praktische Realität umzuwandeln. Ich bin sicher: Jede*n einzelne*n von euch braucht es deshalb jetzt. Ich freue mich, gemeinsam mit euch allen zu rennen, getreu dem Motto:

**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Damit du dich zwischen den vielen Wahlkampfaktionen auch kurz ausruhen kannst, ist die aktuelle Ausgabe der Stadt.Land.Links bestimmt die beste Lektüre. Denn wie sollte es anders sein, widmet sie sich ganz der Kommunalpolitik. Ich wünsche dir viel Spaß beim Lesen und viel Kraft für unseren gemeinsamen Wahlkampf!

Solidarische Grüße
Nina

Nina Gredike

ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN

*Am 14. September wählen wir in NRW bei den Kommunalwahlen unsere Vertreter*innen auf Bezirks- und Ratsebene und bestimmen gemeinsam, welche Bürgermeister*innen und Oberbürgermeister*innen in die Rathäuser ziehen.*

Als Jusos kämpfen wir dabei für eine starke Sozialdemokratie in ganz NRW, weil wir wissen, dass soziale Gerechtigkeit auf kommunaler Ebene entscheidend beeinflusst wird. Aber wir wissen eben auch, dass es um mehr geht als das prozentuale Ergebnis unserer eigenen Partei. Denn während wir durch Viertel rennen und an Türen um Stimmen werben, sich tausende Kandidat*innen auf Marktplätzen und in Podiumsdiskussionen den Mund fusselig reden, um zu erklären, wie die jeweils eigene Kommune für alle funktioniert, sind auch jene unterwegs, die einen ganz anderen Plan verfolgen.

Die Rechtsextremen sind auf dem Vormarsch, jede Wahlanalyse der vergangenen überregionalen Wahlen unterstreicht das. Mit ihrem Hass vergiften sie nicht nur den Diskurs, sondern wollen auch auf kommunaler Ebene dafür sorgen, dass Demokratie und Teilhabe nicht mehr für alle gelten. Dabei verdrehen sie Sorgen und Wünsche von Wähler*innen zu ihrem Vorteil und finden mit ihrem Rassismus auch immer direkt die vermeintlich Schuldigen für klamme Kassen in der Kommune und fehlende Strukturinvestitionen. Wir stellen uns ihnen entgegen und verfolgen deshalb zwei zentrale Ziele: eine starke SPD und eine starke Demokratie. Und letzteres geht eben nur, wenn es uns gelingt, die Rechten in die Schranken zu weisen.

NUR DIE NEUE AMPEL ODER DER ZEBRASTREIFEN?

Weit verbreitet hält sich der Irrglaube, dass Kommunalpolitik eigentlich nicht viel zu entscheiden habe. Diskussionen im Klein-Klein über irgendeine Bordsteinabsenkung, das sei alles, was die kommunale Ebene bestimmen kann. Dass das weit von der Realität entfernt ist, wissen nicht nur all die Jusos, die in ganz NRW für ein kommunales

Mandat kämpfen. Denn Fakt ist, dass Kommunalpolitik über Teilhabe und die Lebenschancen von uns allen entscheidet und deshalb – das haben wir als NRW Jusos bereits an anderer Stelle festgestellt – quasi die Champions League der Politik ist.

Denn ob die Kommune Gelder für das so dringend benötigte Frauenhaus einplanen will und kann, ob der ÖPNV funktioniert und Oma in den Supermarkt und Kinder in die Schule bringt, oder bezahlbare Wohnungen für Azubis, Studis und junge Familien zu finden sind; all das kann entscheidend durch gute Kommunalpolitik beeinflusst werden.

Leider findet diese gute Kommunalpolitik aber offensichtlich nicht überall in NRW statt: versäumte Strukturinvestitionen, veraltete ÖPNV-Infrastruktur oder auch verdrängte soziale Einrichtungen des Alltags wie das Jugendzentrum. Vielerorts verschläft Kommunalpolitik die Möglichkeiten und Potentiale, das gute Leben für alle zu ermöglichen. Und deshalb sagen wir: Alles muss man selber machen, aber wir machen es dann auch! Denn als Jusos packen wir an. Nicht nur im Wahlkampf, sondern eben auch als Kandidat*innen und mit eigenen konkreten Themen.

SELBER MACHEN, WIE ALICEM, LIN UND LIA

So zum Beispiel Alicem, der als Bezirksvertreter in der Kölner Innenstadt bereits seit 2020 beweist, dass eine lebenswerte Stadt mehr ist als ein ferner Traum. Oder Lin, die in Mönchengladbach bisher als eine der jüngsten Bezirksvertreterinnen in ganz Deutschland kämpf-





Nina (27) ist „Verliebt in NRW“ – Grund genug, alles bei der Kommunalwahl zu geben!

te, und jetzt für den Stadtrat kandidiert. Oder Lia, die in Münster als Juso-Kandidatin bei der letzten Kommunalwahl in den Rat kam und inzwischen sogar die örtliche Ratsfraktion als Vorsitzende anführt.

Alicem, Lin und Lia sind nur drei Beispiele, die konkret zeigen, wie wir Jusos in Parlamenten umsetzen, was wir zuvor im Unterbezirk, Kreisverband oder auf der Landesebene gemeinsam diskutiert und beschlossen haben. Alle drei, und mit ihnen unzählige weitere Juso-Kandidat*innen, beweisen damit auch: Wir jungen Menschen wollen uns einbringen. Wir haben etwas zu sagen und wollen nicht nur Verantwortung übernehmen, sondern können das auch! Und das gilt erst recht, wenn wir mit ansehen müssen, dass Rechtsextreme uns nicht nur all diese Freiheiten nehmen wollen, sondern aktiv jede Form der demokratischen Teilhabe angreifen.

RAN AN DIE FLYER UND REIN IN DIE RATHÄUSER!

Ob die SPD bei einem selbst Zuhause bisher die kommunale Mehrheit stellt oder nicht: Wir alle haben etwas, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Teilhabe und Demokratie, das sind eben keine Peanuts. Wir rennen im Wahlkampf, weil wir unsere roten Rathäuser verteidigen wollen, und dort Boden gutmachen möchten, wo bisher Andere das Sagen haben und unsere Chancen als junge Generation verspielen. Es ist eine Zeit des Umbruchs. Wenn etwas gut werden soll, müssen junge Menschen ihr Schicksal bekanntermaßen eben selbst in die Hand nehmen. Und deshalb: ran an die Flyer und rein in die Rathäuser, denn ja, man muss eigentlich alles selber machen, damit es gut wird, aber genau das tun wir als NRW Jusos!

**MEHR ZUR
KAMPAGNE:**



MEIN SCHÖNES VIERTEL, MEIN SCHÖNER ORT



Lebenswerte Städte und Gemeinden zeichnen sich durch gute Wohnbedingungen, grüne Freiräume und sichere Quartiere aus. Ohne gutes Wohnen geht nichts.

Wenn ich an mein schönes Viertel denke, dann denke ich als Erstes an den Park nebenan. In diesem Park bin ich wirklich gerne – zum Spazieren, zum Joggen, mit meinen Mitbewohnerinnen auf der Decke. Ich denke an all die schönen Cafés und an die guten Einkaufsmöglichkeiten – all das macht diesen Ort lebenswert. Aber mein schönes Viertel ist kein Zufall, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen. Entscheidungen darüber, ob ein Bus fährt, wenn ich ihn brauche. Ob die Luft sauber ist und ob ich mich sicher fühle.

Als NRW Jusos sagen wir klar: Daseinsvorsorge ist mehr als der Zugang zu fließend Wasser und Energie. Sie ist das Fundament einer solidarischen Gesellschaft und beginnt vor der eigenen Haustür.

KLIMASCHUTZ BEGINNT IM QUARTIER

In der Klimakrise sind es oft Städte und Gemeinden, die ganz konkret handeln. Möglichkeiten gibt es viele: begrünte Dächer, Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden, autofreie Innenstädte und energetische Sanierungen. Darüber hinaus brauchen wir Bäume, keine Betonwüsten – sie sind unsere natürlichen Klimaanlage. Deshalb sollten auch nur dann Flächen versiegelt werden, wenn beispielsweise neuer Wohnraum entsteht. So wird Klimaschutz zur spürbaren Realität im Alltag: durch kühlere Innenstädte, bessere Luft und mehr Aufenthaltsqualität. Die immer heißeren Sommer zeigen: Das sind keine Luxusprojekte, sondern Notwendigkeiten.

MEHR ZUM THEMA:



ORTE FÜR ALLE

Orte für alle bedeutet zum einen Sicherheit. Sicherheit heißt, dass Straßen gut beleuchtet sind, damit man auf dem Heimweg nicht von der Angst begleitet wird. Und es heißt auch, dass öffentliche Räume für alle da sind – nicht nur für die, die sich ein teures Café leisten können. Orte der Begegnung dürfen nicht ausschließlich darauf basieren,



Ob im Biotop oder in der Kommune – **Antonia (25)** versteht als Biologin, was gute Lebensgrundlagen sind!

dass man etwas erwerben muss. Eine durchdachte Stadtentwicklung denkt alle Menschen und ihre Bedürfnisse mit. Anstelle von Investor*innen müssen deshalb die Kommunen mehr Planungshoheit bekommen und öffentliche Räume selbst gestalten können – mit den Menschen vor Ort.

MOBILITÄT BEDEUTET TEILHABE

Wer in Köln oder Essen lebt, kann sich oft auf dichte Takte, Stadtbahn und Nachtverkehr verlassen – nicht immer perfekt, aber grundsätzlich verfügbar. Wer dagegen in ländlichen Regionen unterwegs ist, weiß: Wer kein Auto hat, wird oft abgehängt – ob Schüler*in, Rentner*in oder Berufstätige*r. Wir Jusos fordern daher: Der öffentliche Nahverkehr muss flächendeckend funktionieren – und zwar als echte Alternative zum Auto. Inspiration findet man zum Beispiel in den Landkreisen Wesel, Kleve und Viersen, die mit dem Nightmover einen nächtlichen Taxizuschuss geschaffen haben.

NAHERHOLUNG IST KEIN LUXUS

Gerade in dicht besiedelten Gebieten sind Parks, Wälder und Wasserflächen mehr als schöne Kulisse – sie sind Rückzugsorte, Treffpunkte und wichtig für den Klimaschutz. Deshalb wollen wir Naherholungsgebiete besser schützen und ausbauen. Wir wollen, dass jede*r in NRW einen Ort der Erholung zu Fuß oder mit dem ÖPNV erreichen kann – kostenlos, niedrigschwellig, barrierefrei. Denn Auszeiten vom Alltag dürfen kein Privileg sein.

UNSER VIERTEL DER ZUKUNFT

Unser schönes Viertel mag für manche wie eine Utopie klingen, aber für uns ist es ein politisches Ziel. Feministische Stadtplanung, Teilhabe und Inklusion müssen endlich Realität in unseren Kommunen werden. Bei diesem Kommunalwahlkampf kämpfen wir genau dafür.



WOHNEN IM ROTEN WIEN WOHNEN IM SOZIALISMUS?

*Ein Gastbeitrag unserer Genoss*innen der
Sozialistischen Jugend Wien*

Die Wohnungskrise ist längst kein Randthema mehr – sie trifft uns alle auf die verschiedensten Arten. Steigende Mieten, Spekulation mit Grund und Boden, Erhöhung der Kosten für Heizen & Strom und ein Rückzug der öffentlichen Hand haben das Wohnen zu einer der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit gemacht. Gerade in Wien wird oft betont, dass wir im internationalen Vergleich noch gut dastehen. Doch die Wahrheit ist: Das Fundament, auf dem unsere relativ stabile Wohnsituation ruht, wurde vor fast 100 Jahren gelegt – vom Roten Wien. Es ist höchste Zeit, daran anzuknüpfen, wo unsere Genoss*innen damals aufgehört haben.

ROTES WIEN: WOHNEN FÜR ALLE!

Zwischen 1919 und 1934 setzte die sozialdemokratisch regierte Stadt Wien ein beispielloses Wohnbauprogramm um. Mit der Überzeugung, dass Wohnen ein Grundrecht ist, wurden über 60.000 Gemeindewohnungen errichtet. Der Bau wurde durch die sogenannte Wohnbausteuer finanziert, die Großverdiener*innen zur Kasse zwang. Zu diesen Zeiten hatten die Bundesländer auch die Möglichkeit, auf Landesebene eigene Steuern zu erheben. Die Gemeindebauten, wie etwa der berühmte Karl-Marx-Hof oder der Karl-Seitz-Hof, waren nicht nur einfache Wohnungen, sondern Zentren des Zusammenlebens: mit Büchereien, Kindergärten, Waschküchen und Parks. Man hat nicht nur Wohnungen gebaut, damit die Leute ein Dach über dem Kopf haben. Es ging darum, mit diesen Gemeindebauten auch das Leben der Arbeiter*innenklasse zu organisieren. In Zeiten der Februarkämpfe hat man auch eine weitere wichtige Funktion der Gemeindebauten gesehen: Sie waren Burgen, um sich vor den Schüssen der Konservativen zu schützen. Es war klar, dass die Art und Weise wie man wohnt, der Lebensmittelpunkt der Arbeiter*innenklasse, auch die Umstände bestimmt. Umso wichtiger, dass sie für ein sozialistisches Zusammenleben organisiert ist.

VOM RECHT ZUR WARE

Doch mit dem Aufstieg des Neoliberalismus ab den 1980er-Jahren geriet diese Vorstellung zunehmend unter Druck. Wohnen wurde privatisiert, liberalisiert und dem Markt ausgeliefert. Auch Wien blieb davon nicht verschont. Zwar rühmt sich die Stadt bis heute ihrer Gemeindebauten, doch in den letzten Jahrzehnten wurde viel Boden an private Investor*innen verkauft. Neue Gemeindebauten wurden

immer weniger. Stattdessen setzt die Stadtregierung auf sogenannte geförderte Wohnungen in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Bauträger*innen – ein Modell, das zwar besser ist als rein privatwirtschaftlicher Wohnbau, aber dennoch auf Marktlogik basiert. Während der Zeit, in der die Inflation explodiert ist, hat man sich 2023 entschieden, endlich einen Mietpreisdeckel für die Gemeindewohnungen durchzusetzen. Doch ein großes Problem sind die Mieten am privaten Wohnungsmarkt, wo befristete Verträge und Unsicherheit zum Alltag geworden sind.

DIE IDEE DES ROTEN WIEN LEBT

Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz, sondern ein Ergebnis politischer Entscheidungen. Es ist klar, man kann die Zeiten jetzt nicht mit dem Roten Wien in der Zwischenkriegszeit vergleichen. Wenn Wohnen wieder leistbar, sicher und menschenwürdig sein soll, müssen wir uns vom Mythos des „freien Marktes“ verabschieden. Das hat man schon in den Zeiten gemacht, als viele Regierungen der Hauptstädte sich dafür entschieden haben, den sozialen Wohnbau zu verkaufen, doch die Stadt Wien nicht. Wenn wir uns besonders die neuen Gemeindebauten anschauen, sehen wir recht klar die Vision, wie die Mehrheit der Bevölkerung leben kann: Photovoltaikanlagen auf den Dächern, Gemeinschaftsräume, Wärmedämmung, damit die Betriebskosten ertragbar bleiben, Waschräume und weiterhin Förderung der sozialen Durchmischung. Die Idee des Roten Wien lebt – aber sie braucht politischen Mut und eine klare Haltung gegen das kapitalistische System, das Profite über Menschen stellt. Die Wohnraumpolitik darf für uns keine technische Verwaltungsfrage, sondern muss immer Klassenkampf sein. Und in diesem Kampf stehen wir an der Seite der Vielen, gegen die Immobilienkonzerne.



Rihab Toumi ist seit 2020 Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien, der größten linken Jugendorganisation in der Hauptstadt Österreichs.

**HIER KÖNNT IHR
MEHR ÜBER DIE SJ
WIEN ERFAHREN:**



KOMMUNE FÜR ALLE

Was meinen wir damit? Und wie sieht es mit der feministischen interkulturellen Mädchenarbeit aus?

WESSEN KOMMUNE IST MEINE KOMMUNE?

Vor dieser Frage stehen viele Jusos in ganz NRW vor den anstehenden Wahlen. Diese Frage stellt sich am grundsätzlichsten bei einem der entscheidenden Bestandteile der sozialen Frage: beim Wohnen. In NRW leben immer mehr Menschen. Der Wohnungsmarkt ist in keiner Form in der Lage, dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Statistisch erwiesen betrifft der dadurch entstehende Mangel an zugänglichem und bezahlbarem Wohnraum besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen, Rollstuhlnutzende, Transferleistungsbeziehende und Alleinerziehende sowie ältere Menschen. Sozialwohnungen, die dabei helfen könnten, diesem Missstand etwas entgegenzusetzen, bleiben Mangelware.

Statt der benötigten 20.000 Wohnungen baut NRW etwa 7.000 neue Sozialwohnungen im Jahr. Ehrlicherweise müssten von diesen 7.000 wohl noch die parallel dazu aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen abgezogen werden. Bis 2030 immerhin 160.000 Wohnungen. Auch private Wohnungskonzerne schaffen es zwar, die Mieten zu erhöhen, nicht aber die Anzahl an Wohnungen in ihrem Bestand. Prominentes Beispiel ist auch in NRW Vonovia. Der Wohnungsbestand des Konzerns schrumpfte in NRW im vergangenen Jahr um 0,5 %. Die Dividende blieb trotzdem bei 90 Cent pro Aktie. Gleichzeitig zu diesen Entwicklungen befindet sich die Anzahl wohnungsloser Menschen in NRW auf einem Höchststand.

Die Wohnungskrise ist sicherlich kein ausschließlich kommunales Problem. Sie hängt im Bereich der Neubauten nicht zuletzt mit den Auswirkungen multipler Krisen auf die Weltwirtschaft zusammen und ist zudem von unzähligen Vorschriften und Investitionen von Bund und Land abhängig. Trotzdem wollen wir zeigen, dass es auch Lösungen vor Ort braucht. Gemeinsam mit der SPD bringen wir kommunale Wohnungsgesellschaften in ganz NRW voran und setzen uns weiter für eine aktive Bodenvorratspolitik in den Kommunen ein. Wir sehen die Möglichkeiten, die uns mit Leerstandsmanagement und moderner Bauplanung auch direkt vor Ort zur Verfügung stehen.

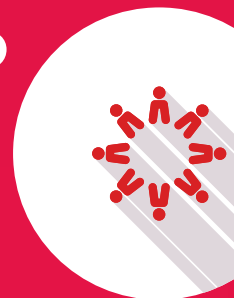
Jonas Kamrath (24) hat ein klares Bild der „Kommune für alle“ vor Augen. Und zeigt auf, wie wir dort hin kommen!



Die Kommune für alle bedeutet für uns als Jungsozialistinnen bezahlbaren Wohnraum für jeden, überall. Wohnen ist jedoch nicht das einzige Grundbedürfnis, das wir aktuell auch vor Ort verteidigen müssen. Die Klimakrise wird auch in den Kommunen mit jedem Jahr spürbarer. Das gefährdet die Existenzgrundlage und Gesundheit von Millionen Menschen. Wir stehen für eine konsequente Umsetzung von Katastrophen- und Hitzeschutzmaßnahmen von der Weser bis zum Rhein. Für uns müssen die Städte der Zukunft klimaresilient geplant werden. Eng damit verbunden ist ein bezahlbarer und funktionierender ÖPNV in jeder Kommune.

Während die SPD es in der Ampel nicht mal geschafft hat, den Preis fürs Deutschlandticket stabil zu halten, schaffen es Jusos in ganz NRW, 1-Euro-Tickets oder sogar kostenlosen ÖPNV in Kommunalwahlprogramme zu schreiben oder gleich direkt in die Realität umzusetzen. Darauf dürfen wir zurecht stolz sein. Grundbedingung einer Kommune für alle ist eine für alle erreichbare Kommune. Damit man sich trotz Klimakrise nach dem Ausstieg aus Bus und Bahn auch tatsächlich in den Kommunen aufhalten kann, kämpfen wir überall für Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit und Klimaanpassung. Wir wollen also letztendlich Kommunen, in denen alle Menschen Wohnraum finden und mobil sein können. Wir wollen Städte und Dörfer, die öffentlichen Raum für Menschen jeden Alters anbieten und diesen auch gegen die Folgen fortschreitender Privatisierung und Klimakrise verteidigen.

Die Kommune für alle muss zwingend auch eine Kommune der Geschlechtergerechtigkeit sein. Entscheidend dafür ist die feministische Stadtplanung, die auch das Anerkenntnis voraussetzt, wie männerzentriert unsere Kommunen und insbesondere Städte bisher gestaltet sind. Die bestehenden Mobilitätsangebote sind häufig nach den Bedürfnissen der Lohnarbeitenden ausgerichtet und werden somit den komplexen Anforderungen der überwiegend von Frauen übernommenen Sorgearbeit nicht gerecht. Für uns Jusos gehört eine feministische (Um-)Planung der Kommunen in NRW zu einer der zentralen Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Von ihrer Bewältigung sind wir jedoch vor dieser Kommunalwahl noch weit entfernt. Vielmehr müssen wir feststellen, dass es Kommunen noch nicht einmal gelingt, grundlegende Sicherheitsbedürfnisse von Frauen und Mädchen im Bereich des Gewaltschutzes zu erfüllen.





AUDREY IM INTERVIEW:

DAZU HABE ICH MIT UNSEREM EHEMALIGEN JUSO-BUNDES- UND LANDESVORSTANDSMITGLIED AUDREY DILANGU GESPROCHEN, DIE HEUTE LEITERIN DER FACHSTELLE FÜR INTERKULTURELLE MÄDCHENARBEIT NRW IST.



WORAN DENKST DU BEI „KOMMUNE FÜR ALLE“?

Bei „Kommune für alle“ denke ich aus der Perspektive der feministischen Mädchenarbeit sofort an eine Kommune, die konsequent auf Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Beteiligung setzt – und zwar für alle Mädchen und jungen Frauen*, unabhängig von Herkunft, sozialem Status, geschlechtlicher Identität oder Behinderung. Es geht um stärkende Räume, in denen Mädchen* und junge Frauen* ihre eigenen Stärken selbstbestimmt entdecken, sich frei entfalten und ihre Rechte wahrnehmen können. Dazu gehören Schutzräume und gezielte Unterstützung in Lebensphasen wie dem Übergang von der Schule in den Beruf oder die Unterstützung in besonderen Lebenslagen.

VIELE KOMMUNEN ERFÜLLEN NICHT EINMAL DIE GRUNDLEGENDE SICHERHEITSBEDÜRFNISSE VON MÄDCHEN. WAS HEISST DAS KONKRET AUS DEINER ARBEITSPERSPEKTIVE?

Viele Kommunen machen die spezifischen Bedarfe und Erfahrungen von Mädchen* unsichtbar, indem sie deren Perspektiven in der Stadtplanung und Prävention kaum berücksichtigen. Häufig fehlen fest verankerte Präventionsmaßnahmen sowie niedrigschwellige Beratungs- und Schutzorte, wie sie unsere autonomen Mädchenhäuser und Einrichtungen bieten, die gezielt Mädchen* adressieren und begleiten. Stattdessen existieren vielerorts nur allgemeine, nicht-mädchengerechte Angebote, sodass Mädchen gerade bei Gewalterfahrungen oder Krisensituationen oft keine passgenauen Anlaufstellen finden.

WILLST DU NOCHMAL KURZ ERKLÄREN, WAS INTERKULTURELLE MÄDCHENARBEIT BEDEUTET?

Die feministische Mädchenarbeit stellt Mädchen in den Fokus – gerade im Kontext der Jugendhilfe. Die feministische Mädchenarbeit entstand in den 1970er Jahren aus der Neuen Frauenbewegung, um Mädchen als eigenständige gesellschaftliche Gruppe zu stärken. Sie setzt darauf, Mädchen* in ihrer Selbstbestimmung zu fördern und geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Dabei schafft sie geschützte Räume, fördert Solidarität unter Mädchen* und jungen Frauen* und setzt sich politisch für die Abschaffung patriarchaler Strukturen in allen Lebenslagen und die Anerkennung von Mädchenrechten ein.

Audrey Dilangu (30) ist inzwischen Leiterin der Fachstelle für interkulturelle Mädchenarbeit NRW – der Stadt.Land.Links aber immer noch sehr verbunden!

WELCHE VERANTWORTUNG TRAGEN DIE KOMMUNEN? WO VERSAGEN VIELLEICHT ABER AUCH LAND UND BUND?

Kommunen tragen die Verantwortung, feministische Mädchenarbeit als festen Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe strukturell zu verankern, ausreichend personell und finanziell auszustatten sowie Mädchenperspektiven aktiv in kommunale Planungen und Präventionsarbeit einzubeziehen. Land und Bund versagen vor allem häufig darin, nachhaltige Förderprogramme und verbindliche gesetzliche Rahmenbedingungen bereitzustellen, die über reine Projektfinanzierung hinausgehen und so eine dauerhafte Umsetzung sichern. Im Kontext der Umsetzung der Istanbul-Konvention bedeutet das zum Beispiel konkret, dass Kommunen und höhere Ebenen gemeinsam für wirksame Schutz- und Unterstützungsstrukturen sorgen müssen, die Gewalt gegen Mädchen* konsequent verhindern und angemessen begegnen.

WAS WÜNSCHEN SICH MÄDCHEN KONKRET VON „IHRER“ KOMMUNE? WAS FEHLT IHNEN?

Mädchen* wünschen sich von „ihrer“ Kommune vor allem Räume und Angebote, die ihre Selbstbestimmung stärken und sie befähigen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Empowerment steht dabei im Mittelpunkt: Sie wollen ermutigt werden, ihre Stimmen zu erheben, ihre Bedürfnisse sichtbar zu machen und aktiv an kommunalen Prozessen teilzuhaben – und das vor allem niedrigschwellig.

WENN DU EINEN KONKRETEN WUNSCH AN JEDE KOMMUNE IN NRW ÄUSSERN DÜRFTEST – WIE WÜRD DIESER LAUTEN?

Mein Wunsch an jede Kommune in NRW wäre, feministische Mädchenarbeit fest und dauerhaft in allen kommunalen Strukturen zu verankern, indem sie echte Beteiligungsmöglichkeiten und empowernde Räume für Mädchen schafft. Es braucht klare finanzielle und personelle Ressourcen, um Angebote nachhaltig auszubauen, die Selbstbestimmung fördern und Mädchen* ermutigen, ihre Rechte wahrzunehmen. Dafür braucht es aber auch endlich eine politische Sichtbarmachung der feministischen Mädchen*arbeit und das muss vor allem Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung leisten.

MEHR
ZUM THEMA:



DAS GUTE LEBEN

Wir kämpfen für Kommunen, in denen das gute Leben für alle möglich ist – egal ob im ländlichen Raum, in der Großstadt oder im Mittelzentrum. Ein wesentlicher Bestandteil eines guten Zusammenlebens ist die Freizeitgestaltung durch Kultur, Sport und Ehrenamt. Dabei haben wir klare Vorstellungen davon, wie das Leben in einer Kommune attraktiver gestaltet werden kann.

Ein schöner Einstieg in diesen Beitrag findet sich in § 1 Abs. 1 S. 2 der Gemeindeordnung NRW:

„Die Gemeinden fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.“

Doch was bedeutet dieses „Wohl“ konkret? Oder besser: Was macht „Das gute Leben“ aus – und welche Rolle haben die Kommunen dabei nun?

DER ÖFFENTLICHE RAUM

Die Gestaltung des öffentlichen Raums liegt im Wesentlichen in den Händen der Städte und Gemeinden. Sie entscheiden weitgehend selbst über Plätze, Hallen oder andere Einrichtungen.

Klar ist, damit wir weiterhin Entscheidungsspielraum über die Plätze haben, auf oder in denen wir uns aufhalten, muss öffentlicher Raum auch öffentlich bleiben. Die zunehmende Privatisierung schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinschaft ein. Denn damit verschwinden Orte, an denen sich Menschen ohne Konsumdruck begegnen. Sich im Park zu treffen kostet nichts, ein Treffen in der Cocktail-Bar hingegen schon. Gegen diese Privatisierung müssen wir uns wehren – nur so entstehen angstfreie Räume und Treffpunkte, etwa kostenlose Sport- und Freizeitflächen für Jugendliche.

DIE KULTUR

Kultur entsteht und lebt vor Ort – und Kommunen tragen dafür Mitverantwortung. Sie schaffen die Rahmenbedingungen, indem sie Räume bereitstellen und Projekte fördern. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie verletzlich der Kulturbereich ist. Dabei ist Kultur essenziell: Sie fördert Bildung, schafft Identität und macht das Leben lebenswerter.

Kultur ist dabei weit zu verstehen – sie umfasst Theater, Museen und Bibliotheken genauso wie Stadtfeste, Gedenkveranstaltungen oder Vereinsleben. All das lässt sich kommunal gestalten. Ein Beispiel: Die Haaner Kirmes ist für die Stadt Haan mit rund 30.000 Einwohner*innen ein riesiges Event mit über 400.000 Besucher*innen – viele davon jung. Auf Initiative der Jusos wurde das Fest um einen Tag verlängert. Auch Sonderausstellungen, etwa zur Hip-Hop-Kultur, zeigen, wie vielfältig Kulturförderung vor Ort aussehen kann.

DER SPORT

Sport ist weit mehr als körperliche Bewegung – er verbessert Gesundheit, schafft Gemeinschaft und fördert Teilhabe. Deshalb kommt auch hier der Kommune eine zentrale Rolle zu.

Sportvereine sind auf kommunale Unterstützung angewiesen. Städte können Hallen zur Verfügung stellen, Flächen erhalten, Vereine finanziell unterstützen und so niedrigschwellige Angebote sichern. Gerade im Breitensport werden wichtige Werte wie Respekt, Teamgeist und Solidarität gelebt. Zudem ist die integrative Kraft des (Vereins-)Sports von immenser Bedeutung.

Doch auch hier steigt der Druck: Fehlende Ressourcen, steigende Kosten und knappe Haushalte erschweren vielerorts den Zugang. Dabei zeigt gerade der Vereinssport, wie gut Gemeinschaft funktionieren kann – wenn er gefördert wird.



Çağatay Maloğlu (21) war drei Jahre kommunalpolitisch aktiv in seiner Heimatstadt Ratingen als sachkundiger Bürger und ist im Landesvorstand der NRW Jusos.

MEHR ZUM THEMA:





Hannah Hammer (26) ist Vorsitzende der Jusos Kreis Mettmann, Mitglied im Rat der Stadt Hilden und hat jahrelang aktiv Jazz-Modern-Dance im Leistungssportbereich getanzt.

DER SPORT ALS BASIS DES GUTEN LEBENS

DAS BEISPIEL HILDEN

Sport bringt Menschen zusammen, genau das habe ich selbst viele Jahre in meiner Heimatstadt Hilden erleben dürfen. Viele Kinder und Jugendliche starten, wie ich, schon früh in einem der zahlreichen Vereine. Vom ersten Grundschuljahr bis ins Studium habe ich selbst aktiv Jazz-Modern-Dance im Leistungssportbereich getanzt. Parallel dazu bin ich im selben Verein auch einige Jahre geschwommen.

Dass so viele Menschen in Hilden sportlich aktiv sind, verdanken wir der Vielfalt der Vereine und dem Stadtverband. Rund 50 Vereine mit etwa 12.000 Mitgliedern, darunter über 4.000 Kinder und Jugendliche, sind hier organisiert. Der Verband vertritt die Vereine gegenüber der Stadtverwaltung und Politik, unterstützt sie, koordiniert Schulprojekte und organisiert Veranstaltungen wie das „Deutsche Sportabzeichen“. Mit seiner Ausstattung hilft er zudem allen Vereinen in Hilden – wovon die gesamte Stadtgesellschaft profitiert.

Ich selbst habe viele dieser Möglichkeiten genutzt und nutze sie auch heute noch. Mein Schwimmtraining fand im städtischen Hallenbad statt, das, wie auch das Freibad, von den Stadtwerken Hilden betrieben wird. Die Stadtwerke gehören vollständig der Stadt und sind ein gutes Beispiel für eine kommunale Struktur, die direkt den Menschen vor Ort zugutekommt. So, wie man dies auch in vielen anderen Städten findet. Ich konnte mit meiner Mannschaft unkompliziert zu Ligaturnieren anreisen, da man sich bei der Stadtverwaltung den „Stadtwerke-Bus“ genau für solche Anlässe ausleihen kann. Das ist eine wertvolle Unterstützung für alle Sportteams und hilft dabei, Teilhabe im Vereinsleben möglichst barrierearm zu gestalten.

Moderne Sportstätten wie große Hallen, Mehrzweckhallen und Kunstrasenplätze schaffen die nötigen Rahmenbedingungen, damit sich alle auf den Sport konzentrieren können und nicht an fehlender Ausstattung oder Sauberkeit scheitern. Besonders der Breitensport, der den Großteil der Vereinsaktivitäten ausmacht, profitiert davon. Diese Investitionen ermöglichen den Vereinen, ihre Angebote professionell und zeitgemäß umzusetzen.

Viele Vereine stehen aber vor großen Herausforderungen. Die kostenlose Nutzung städtischer Hallen war lange in Hilden selbstverständlich, inzwischen fallen Gebühren an. Auch wenn diese im Vergleich niedriger sind als in anderen Kommunen. Dennoch heißt das für alle Vereine: weniger Flexibilität, mehr Planungsaufwand und weniger Raum für spontane Angebote. Diese Entwicklung ist Folge der angespannten Haushaltslage, wie es auch in vielen weiteren Kommunen in NRW der Fall ist.

Vereinssport bringt Menschen jeden Alters zusammen und vermittelt wichtige Werte wie Respekt und Zusammenhalt. Er ist ein Ort praktischer demokratischer Bildung. Deshalb müssen wir das Sportangebot erhalten und ausbauen. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es wichtig, dass Kommunen in Sport investieren, um das gesellschaftliche Miteinander sowie die Lebensqualität und Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Das gute Leben funktioniert nur gemeinsam. Die Kommune ist der Ort, wo sich dieses „Gemeinsam“ realisieren lässt. Gestaltet also das gute Leben mit!

OBDACHLOSIGKEIT IST STAATSVERSAGEN.

Wenn ein Staat dabei zuschaut, wie immer mehr Menschen wohnungslos werden und in die Obdachlosigkeit rutschen, ist das ein Armutszeugnis für einen angeblichen „sozialen“ Staat. Was wir jetzt brauchen, ist ein Ende der Verdrängungspolitik und ein echter Sozialstaat!

Die Zahl der Wohnungslosen in NRW befindet sich auf einem neuen Höchststand. Innerhalb der letzten vier Jahre verdoppelte sich die Anzahl von 50.000 auf über 100.000 Menschen. Hier besteht definitiv großer Handlungsbedarf.

Bei den rund 122.000 Menschen handelt es sich um viele geflüchtete oder wohnungslose Menschen – das sind Personen ohne eigenen Mietvertrag, die in Notunterkünften leben oder bei Freund*innen unterkommen. Etwa 1 % von ihnen lebt obdachlos auf der Straße. Dass das die Realität ist, wird in der neoliberalen Gesellschaft, in der wir leben, oft als sich häufende persönliche Schicksale abgetan – in Wirklichkeit ist es aber strukturelles, politisches Versagen. Statt sich den Ursachen von Obdach- und Wohnungslosigkeit zu widmen, erleben wir in vielen Städten eine Politik der Verdrängung. Sichtbare Armut wird zunehmend als Störfaktor behandelt: Anti-Obdachlosen-Architektur, Parkbänke mit Armlehnen, die das Liegen verhindern sollen, Diskussionen über „zu sichtbaren“ Drogen-

konsum mit der gleichzeitigen Verhinderung von Drogenkonsumräumen oder Aufenthaltsverbote für wohnungslose Menschen in Innenstädten. Das bedeutet eigentlich nur: Man möchte das Problem nicht lösen, den Menschen nicht helfen, sondern sie unsichtbar machen und verdrängen. Für uns muss klar sein: Diese Entwicklung ist inakzeptabel. Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Staat – und in unserem Fall konkret das Land NRW – hat die Pflicht, dieses Recht aktiv zu gewährleisten. Das bedeutet: Probleme nicht nur zu verwalten oder zu kaschieren, sondern sie ursächlich zu lösen. Dafür braucht es in erster Linie zwei Dinge:

EINEN FAIREN, BEZAHLBAREN WOHNUNGSMARKT

Die Mieten steigen seit Jahren – und das nicht nur in den Metropolen. Gleichzeitig wurde der soziale Wohnungsbau über Jahrzehnte vernachlässigt oder sogar aktiv abgebaut. Wohnungen mit Mietpreisbindung laufen aus, neue werden kaum geschaffen. Wenn man bei einer solchen Mietmarktsi-

tuation gekündigt wird, wird man nicht so schnell wieder fündig und landet schneller als gedacht in der Wohnungslosigkeit. Selbst Notunterkünfte sind oft überlastet, teils nicht barrierefrei oder nicht für Familien geeignet. Das sollte Anlass sein, endlich wieder für einen fairen Wohnungsmarkt zu sorgen, um Menschen vor Existenzängsten und vor Wohnungslosigkeit zu schützen.

EINEN GANZHEITLICHEN ANSATZ IN DER OBDACHLOSENHILFE

Wohnungs- und Obdachlosigkeit lassen sich nicht allein durch mehr und günstigere Wohnungen lösen. Oft benötigen Menschen in diesen Lebenssituationen weitergehende Unterstützung, weswegen wir Wohnungs- und Obdachlosenhilfe ganzheitlich denken müssen. Hier zeigt sich das enorme Potenzial von Konzepten wie Housing First.

Die Idee: Menschen erhalten bedingungslos eine eigene Wohnung – ohne vorherige Therapien, „Bewährung“ in Notunterkünften oder andere Auflagen. Erst danach werden



freiwillige Hilfen angeboten – von Schuldenberatung über medizinische Versorgung bis hin zu beruflicher Qualifizierung. Das Prinzip: Stabilität durch eigene Wohnung zuerst – alles Weitere kann darauf aufbauen. Studien zeigen, dass rund 80 % der ehemals obdachlosen Menschen, die über Housing First untergebracht wurden, langfristig stabil wohnen bleiben. In Dortmund wird Housing First bereits seit 2019 vom Sozialen Zentrum Dortmund e.V. umgesetzt. Die Stadt verfolgt mit dem „Aktionsplan Obdachlosigkeit 2030“ einen breiten Ansatz, der sowohl Prävention, Akuthilfe als auch langfristige Perspektiven umfasst. Einzelne Wohnungen werden gezielt an obdachlose Menschen vermittelt – inklusive individueller Begleitung durch Sozialarbeiter*innen.

Erste Erfolge sind sichtbar, doch der Plan stößt auf strukturelle Grenzen: Es fehlt grundsätzlich an verfügbarem, bezahlbarem Wohnraum. Selbst wenn Wohnraum vorhanden ist, stoßen Träger oft auf bürokratische Hürden bei der Anmietung oder begegnen Vorbehalten von Vermieter*innen. Das gilt es langfristig abzubauen und Wohnraum für diese Konzepte zu schaffen. Und zwar nicht in einzelnen Städten, sondern in ganz NRW.

Neben dem Zugang zu Wohnraum ist auch der Weg zurück in Arbeit oder Ausbildung für viele Menschen entscheidend. Menschen, die lange wohnungslos waren, haben oft kaum noch Anbindung an den Arbeitsmarkt – sei es durch psychische Belastung, Lücken im Lebenslauf oder fehlende Qualifikationen. In Düsseldorf setzt das Projekt „Wohnen, Leben, Arbeiten“ des Vereins fiftyfifty genau da an: Mit niedrigschwelligen Jobangeboten im Bereich Straßenzeitung, Stadtführungen oder Kreativprojekten sollen erste Brücken gebaut werden. Die Verbindung von Beschäftigung, Anerkennung und psychosozialer Unterstützung kann ein Schlüssel sein, um Isolation zu durchbrechen und neue Stabilität zu gewinnen. Fiftyfifty initiiert außerdem Housing-First-Fonds und unterstützt wohnungs- und obdachlose Menschen bei der Vermittlung einer Wohnung.

Dass solche Angebote aber immer noch hauptsächlich von Vereinen und nicht staatlich gewährleistet werden, und stattdessen Debatten über 1-Euro-Jobs geführt werden, ist nicht nur menschlich sehr abstoßend, sondern schlicht ineffektiv, denn wir sehen, dass Konzepte wie Housing First in Kombination mit Qualifizierungsangeboten gut funktionieren können. Aber es fehlt an flächendeckender Finanzierung, an politischer Initiative auf Landesebene – und an einer klaren Prioritätensetzung zugunsten der Betroffenen. Denn solange sich der jetzt kommende „Bauturbo“ nur auf hochpreisige Eigentumswohnungen konzentriert, solange sozialer Wohnungsbau ein Nischenthema bleibt und Betroffene hauptsächlich verwaltet statt ermächtigt werden, wird sich an der Situation wenig ändern.

Was wir brauchen, ist ein Ende der Verdrängungspolitik, ein klarer Fokus auf sozialen Wohnungsbau, eine langfristige Verlängerung der Mietpreisbremse in Ballungsgebieten, mehr Mittel für Housing First – und politische Akteur*innen, die nicht an Immobilienrenditen, sondern an Menschenwürde orientiert sind.



Michelle (19) kommt aus Dortmund und bekommt derzeit mit, wie kalt die CDU über Obdachlose spricht, die den Drogenkonsumraum vor Ort benötigen. Deswegen hat sie sich mal angeschaut, was die Probleme der Betroffenen wirklich lösen würde.

WAS NRW VON WIEN LERNEN KANN

ODER: WARUM FEMINISTISCHE STADTPLANUNG GUT FÜR ALLE IST

Gute Stadtentwicklungspolitik ist der Schlüssel zu sichereren, lebenswerteren und inklusiven Städten. Das wird nirgendwo deutlicher als in Wien, einer Stadt, die weltweit für ihre innovative und soziale Wohnbaupolitik anerkannt ist. Wir in Nordrhein-Westfalen stehen

derzeit Herausforderungen gegenüber, was die Gestaltung lebenswerter Städte angeht: zu wenig Wohnraum, zu viel verdichtete Fläche, in Teilen unattraktive Innenstädte und mangelhafte Quartiersstrukturen. Genau deshalb sehe ich eine große Chance darin,

von Wiens Erfahrungen zu lernen, unsere Städte nachhaltig zu verbessern und für alle Einwohner*innen lebenswerter zu machen. Lasst uns also einen Blick auf das Wiener Vorzeigeprojekt Seestadt Aspern werfen.

6 PUNKTE FÜR EINE FEMINISTISCHE STADTPLANUNG

Wer sich Bilder der Seestadt Aspern in Wien anschaut, kann leicht auf die Idee kommen, dass diese KI-generiert sind. Was dahintersteckt, ist allerdings nicht ChatGPT, sondern feministische Stadtplanung.

Das Spannende an der Seestadt Aspern ist, dass hier auf einem ehemaligen Flugfeld ein ganz neuer Stadtteil entsteht. Alle guten Maßnahmen, die man aus anderen Städten bereits kennt, werden hier gebündelt umgesetzt. Interessant sind dabei vor allem die folgenden sechs Punkte:



DURCHMISCHTE QUARTIERE:

Die Seestadt Aspern ist ein herausragendes Beispiel für das Wiener Wohnbaumodell: Rund ein Drittel der Wohnungen sind frei finanziert, rund zwei Drittel geförderte Wohnungen, vorwiegend errichtet von kommunalen oder gemeinnützigen Bauträgern und Genossenschaften. Die Wohnangebote sind dabei oft auf die Bedürfnisse spezieller Gruppen zugeschnitten, wie zum Beispiel Auszubildende, Alleinerziehende oder Senior*innen.

STADT DER KURZEN WEGE:

Der Stadtteil bietet neben Wohnraum auch Büroflächen, Schulen, Kitas, Arztpraxen und Einkaufsmöglichkeiten. Diese Mischung fördert eine hohe Lebensqualität, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und verringert die Notwendigkeit langer Pendelwege. Das hilft vor allem Menschen ohne Auto. Die Stadtplanerin Eva Kail hat das Konzept „Stadt der kurzen Wege“ bereits in den 70ern entwickelt und dessen Umsetzung in einigen Wiener Stadtteilen maßgeblich verantwortet.

INKLUSION DURCH GEMEINSCHAFTSFLÄCHEN:

Grünflächen, Sportanlagen und Fußgängerzonen laden zur gemeinsamen Nutzung ein. Die Anlagen sind gleichermaßen für Kinder mit Fahrzeugen wie für Menschen mit Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwagen zugänglich. Hinzu kommen in den Mehrfamilienhäusern Gemeinschaftsräume zum Lernen, Spielen, Wäschewaschen oder zur Lagerung von Kinderwagen und Fahrrädern. Diese können kostenfrei genutzt werden.

MOBILITÄT FÜR ALLE:

Fuß- und Radwege sind barrierefrei und sicher. Öffentliche Verkehrsmittel sind auf kurzem Weg erreichbar. Sie erschließen wichtige Ziele im ganzen Stadtgebiet und in der Region. Ein Netz von städtebaulich ansprechenden Sammelgaragen am Rand der Quartiere ermöglicht autofreie Viertel.

PARTIZIPATIVE ENTWICKLUNG:

Bewohner*innen werden in die Planungs- und Entwicklungsprozesse einbezogen, was die Identifikation mit dem Stadtteil stärkt und eine lebendige, engagierte Gemeinschaft fördert.

'OKOLOGISCHE STADTPLANUNG:

Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, hochwertiger Dämmmaterialien und intelligenter Gebäudesteuerungssysteme sichert die Nachhaltigkeit. Die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen, wie beispielsweise Holz, muss beim Bau berücksichtigt werden. Zudem sorgen Grünanlagen im Quartier für Schatten, Verdunstung und Versickerungsmöglichkeiten.

FEMINISTISCHE STADTPLANUNG = INTEGRATIVE STADTPLANUNG

Feministische Stadtplanung kommt mit Maßnahmen wie denen in der Wiener Seestadt Aspern vor allem – aber eben nicht nur – Frauen zugute, denn diese haben in ihrem Alltag oft andere Anforderungen an die Stadtplanung als Männer: Frauen nutzen den öffentlichen Nahverkehr häufiger und haben andere Mobilitätsmuster im Vergleich zu Männern. Das ist oft bedingt durch

ihre Rolle in der Pflege und Erziehung. Eine Stadt, die gut ausgebaute öffentliche Nahverkehrsmittel bietet, die auch nachts sicher und zuverlässig sind, ermöglicht Frauen eine größere Unabhängigkeit und schützt sie vor potenziellen Gefahren im öffentlichen Raum. Das fördert das Sicherheitsgefühl. Zudem ist erschwinglicher Wohnraum für Frauen besonders wichtig, weil sie öfter als Alleinerziehende auftreten als Männer.

Dabei gilt immer: Eine Stadtplanung, die Frauen in ihren diversen Rollen im öffentlichen Leben wahrnimmt und unterstützt, kommt auch anderen marginalisierten Gruppen zugute – wie Menschen mit Behinderung, Kindern oder queeren und älteren Menschen. So wird eine feministische Stadtplanung zur integrativen Maßnahme, die alle Menschen im Blick hat und ihnen eine aktive Teilhabe am Leben im Quartier ermöglicht.

Feministische Stadtplanung ist zukunftsfähige Stadtplanung. Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung, sondern auch durch das Design unserer Umwelt. Eine Stadt, die integrativ, gut durchdacht und sozial gerecht ist, reduziert Konflikte und fördert ein sicheres Miteinander. Wien zeigt uns mit seinem umfassenden Konzept, wie das geht. Gerade mit Blick auf die Kommunalwahl sollten wir auch diese Maßnahmen vorantreiben.



i

WAS IST FEMINISTISCHE STADTPLANUNG?

Wenn wir heute von feministischer Stadtplanung sprechen, geht es nicht nur um die Bedürfnisse von Frauen. Eine feministische Stadtplanung wird zusätzlich auch die Bedürfnisse anderer marginalisierter Gruppen wie Senior*innen, Kindern, Jugendlichen, Alleinerziehenden, armutsbetroffenen Personen und Menschen mit Behinderung berücksichtigen. Der Grundgedanke ist: Eine Stadtplanung, die aus der Perspektive marginalisierter Gruppen gedacht wird, kommt allen Menschen zugute.

Sarah Philipp (42) hat Wirtschaftsgeografie studiert und auch in der Stadtplanung gearbeitet – bevor es dann später in den Landtag und (zusammen mit Achim) an die Spitze der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen ging. Feministische Stadtplanung ist für Sarah ein Herzensanliegen!



SELBER
MACHEN

Unsere NRW-Tour führt heute
durch Mönchengladbach!

Mannezier
dein Münster
von morgen

Die gesunde Seite
für jeden



WIR MÜSSEN WÜTEND UND LAUT SEIN.

Was tun, wenn die Lage vor Ort schon gekippt ist? Unsere Genossin Johanna Seidel (21) berichtet uns in ihrem persönlichen Gastbeitrag, wie sie als SPD-Stadtverordnete in Werder (Havel) in Brandenburg gegen eine rechte, gefestigte Mehrheit (im Rathaus und in der Stadtgesellschaft) ankämpft.

Es ist der 12. Juni 2025. Die Stadtverordnetenversammlung meiner Heimatstadt Werder (Havel) tagt. Es ist eine Sitzung wie jede andere. AfD und CDU stimmen in jeder Frage zusammen ab, so ist es ja schließlich abgesprochen. In jeder Sitzungsunterbrechung raucht die CDU-Bürgermeisterin gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der AfD vor dem Saal. Nach der Sitzung gehen AfD- und CDU-Fraktion zusammen noch ein paar Bier trinken. Es wird viel gelacht. Man kennt sich, man versteht sich.

Was in vielen westdeutschen Kommunen noch unvorstellbar ist, ist in weiten Teilen Ostdeutschlands längst politische Praxis, insbesondere außerhalb der größeren Städte. Wenn Friedrich Merz davon spricht, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD gebe, dann kann ich nur müde lachen, denn es ist meine kommunalpolitische Realität. Mein Zuhause wird de facto von einer Koalition aus AfD und CDU regiert.

Die Zusammenarbeit mit der gesichert rechtsextremen AfD ist kein Zufall, sondern wird ganz bewusst forciert. Sie macht jegliche konstruktive Auseinandersetzung unmöglich und verhindert jede inhaltliche Debatte. Das ist schlicht einfacher für die CDU. Aber sie hat gravierende Konsequenzen für den demokratischen Zusammenhalt und die politische Kultur im Osten.

KOMMUNALWAHLEN 2024 ALS ZÄSUR, DEMOKRATISCHE KO-OPERATION KAUM NOCH MÖGLICH

Bei den Kommunalwahlen 2024 ist die AfD fast überall in Ostdeutschland stärkste Kraft geworden. Mit diesem Wahlergebnis ist der politische Rechtsruck flächendeckend in den Kommunen angekommen. In den Kommunalparlamenten kippen die demokratischen Mehrheiten. Die CDU ist keine verlässliche Partnerin im Kampf gegen den Faschismus, sie ist viel zu oft parlamentarischer Steigbügelhalter für die AfD. Das Märchen von der Brandmauer der CDU steht im Osten schon lange nicht mehr.

Werder ist dafür nur eines von vielen Beispielen. Im Juni 2024 wurde ich als Stadtverordnete gewählt. In einer von alten weißen Männern dominierten Stadtverordnetenversammlung fällt eine junge Frau auf. Ich wusste, dass es keine einfache Aufgabe werden würde.

Aber ich bin voller Elan gestartet, mit vielen Ideen und der Lust, etwas zu verändern. Doch schnell setzte die Ernüchterung ein. Über Anträge wird kaum diskutiert; es geht nicht darum, wer die besseren Argumente hat. Am Ende heben CDU und AfD immer gemeinsam die Arme bei Abstimmungen.

Ohne die CDU gibt es keine Möglichkeit für eine demokratische Mehrheit. Eigene inhaltliche Akzente setzt die CDU kaum, es geht stets darum, den Status quo zu erhalten und nicht mehr. Die AfD selbst bringt keine Anträge ein. So kann der CDU nie vorgeworfen werden, sie unterstütze inhaltlich Positionen der AfD. Das Ergebnis ist ein gefährlicher Stillstand.

WAS ALSO TUN ALS JUSO?

Wie können wir nun mit solchen Verhältnissen in der Kommunalpolitik umgehen? Es reicht nicht einfach nur gegen die AfD zu sein. Wir müssen endlich wieder für echte Teilhabe, für soziale Gerechtigkeit und gesamtgesellschaftliche Solidarität stehen. Wir müssen als Partei einen klaren Plan haben. Überall in Deutschland engagieren sich tolle Genoss*innen in der Kommunalpolitik. Gute Arbeit bewegt etwas. Aber auch die beste Arbeit vor Ort kann wenig gegen den allgemeinen Trend ausrichten.

Johanna Seidel (21) ist stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Brandenburg. Kommunalpolitisch aktiv ist sie als Stadtverordnete in Werder (Havel) und als Vorsitzende im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Petitionen.



Und ja, wir müssen auch immer wieder politische Kompromisse suchen. Aber stets mit Haltung und roten Linien. Es ist niemals in Ordnung, den Faschist*innen die Hand zu reichen. Nicht, wenn es um Asylrechtsverschärfungen im Bundestag, Steuersenkungen für die Reichsten im Landtag oder das Auffüllen von Schlaglöchern in den Kommunalparlamenten geht. Jede Entscheidung in der Kommunalpolitik ist politisch.

Nach über einem Jahr in der Kommunalpolitik muss ich leider ein bedrückendes Fazit ziehen. Christdemokrat*innen wollen – an immer mehr Stellen – mit der faschistischen AfD zusammenarbeiten. Wenn es passiert, ist es in der Regel kein Versehen, sondern eine kalkulierte politische Entscheidung, die auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten fußt. Diese Wahrheit ist ernüchternd, aber wir müssen uns ihr stellen. Wer für Demokratie kämpft, kann dies nicht an der Seite der Feind*innen der Demokratie tun. Eine Kooperation mit der AfD ist nicht bloß ein Tabubruch, sie ist ein Skandal. Das müssen wir so benennen. **WIR MÜSSEN WUTEND UND LAUT SEIN.** Wir dürfen nicht resignieren. Aber es wird immer schwieriger. Insbesondere für marginalisierte Personen wird es immer schwieriger. Freund*innen berichten mir, dass sie sich aus der Politik und aus der Stadtgesellschaft zurückziehen. Manche sind sogar bereits so weit, dass sie konkrete Pläne haben, Ostdeutschland im Zweifel zu verlassen. Bei dieser gesamtgesellschaftlichen und politischen Lage fällt es schwer, die Hoffnung nicht zu verlieren.

JEDE ENTSCHEIDUNG IN DER KOMMUNALPOLITIK IST POLITISCH

SOLIDARITÄT MACHT HOFFNUNG.

Aber dann gibt es immer wieder diese Momente, die Mut machen. Die Gespräche mit den Bürger*innen an den Infoständen, der Zusammenhalt der progressiven Kräfte, das gegenseitige Empowerment bei den Jusos in ganz Deutschland. Der unbedingte Wille, den Osten gegen den Faschismus zu verteidigen.

Ich glaube, dass wir diesen Kampf gewinnen können. Aber wir können ihn nicht allein gewinnen. Auf lange Sicht wird es in den zersplitterten Kommunalparlamenten kaum Möglichkeiten für demokratische Mehrheiten ohne die CDU geben. Die Christdemo-

krat*innen stehen vor einer Entscheidung. Sie müssen sich klar von der AfD distanzieren, der Unvereinbarkeitsbeschluss darf keine leere Hülle sein. Demokratische Mehrheiten stehen überall im Osten auf einem Kipppunkt.

Was uns bleibt, ist der Kampf für ein besseres Morgen mit ausgestreckter Hand an alle Demokrat*innen!

WIE WIR ALS NRW JUSOS NEU DENKEN WOLLEN

UNSER ZUKUNFTSTAG 2025 UND UNSER KURS ALS JUGENDVERBAND

ZUKUNFTSTAG 2025 – WIE WIR ALS VERBAND NEU DENKEN WOLLEN

Am 15. Juni 2025 fand in Dortmund unser Zukunftstag statt. In einem konzentrierten, ganztägigen Austausch kamen Mitglieder aus dem ganzen Landesverband zusammen, um über zentrale strategische, organisatorische und politische Fragen zu diskutieren. Die Idee war klar: Wir wollten gemeinsam herausfinden, wie wir unsere Arbeit als Verband wirkungsvoller aufstellen können – mit Blick auf gesellschaftliche Herausforderungen, neue politische Realitäten und interne Strukturen, die zunehmend unter Druck geraten.

ES GING DARUM, GRUNDSATZFRAGEN ZU STELLEN:

- » Welche Rolle wollen wir als Jusos in der SPD spielen?
- » Wie setzen wir unsere inhaltlichen Beschlüsse und programmatischen Positionen tatsächlich um?
- » Und was bedeutet es konkret, als Verband strategisch zu arbeiten?

Zentrales Ergebnis war die gemeinsame Verständigung auf die Notwendigkeit eines strukturierten, langfristig angelegten strategischen Organizing (Ansatz zur Selbstbefähigung). Statt auf kurzfristige Kampagnen-

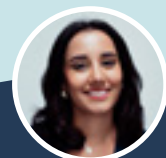
logik oder bloße Reaktion zu setzen, wollen wir als Verband gezielt Strukturen schaffen, um unsere Inhalte wirksam in Partei und Gesellschaft zu tragen. Dabei geht es auch um Machtaufbau – nicht im klassischen Sinne, sondern als Fähigkeit, eigene Positionen durchzusetzen, Menschen zu organisieren und Verantwortlichkeiten innerhalb und außerhalb des Verbands klar zu definieren. Das Ziel? Politische Veränderung real machen.

RAUS AUS DEM MANDATS-MIKROKOSMOS

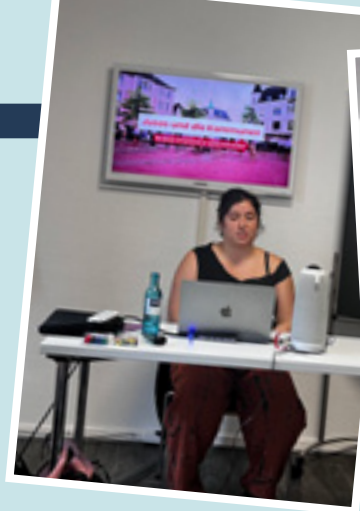
Ein Kernpunkt war dabei die stärkere Einbindung von Mandats- und Amtsträger*innen in strategische Prozesse des Verbands. Wer Verantwortung trägt – auf kommunaler, Landes-, Bundesebene oder in Europa und der Welt –, soll nicht nur punktuell eingebunden, sondern strukturell verankert sein. Aus Sicht vieler Teilnehmer*innen braucht es dafür gezielte Netzwerke und Austauschformate, die den kontinuierlichen Dialog zwischen Verband, Funktionär*innen und Entscheider*innen fördern. Ziel ist es, gemeinsames politisches Handeln zu ermöglichen – auf Grundlage demokratisch gefasster Beschlüsse und klarer politischer Zielsetzungen.

SPD, ABER AUF UNSERE ART

Ein weiterer Fokus lag auf dem Verhältnis der Jusos zur Mutterpartei. Ausgangspunkt war eine provokante These, die im Workshop diskutiert wurde: „Die Jusos passen sich und ihre Werte für Machtpositionen an die SPD-Führung an.“ Diese Aussage stieß nicht auf pauschale Ablehnung – im Gegenteil: Sie diente als Anlass, das Spannungsverhältnis zwischen Parteidisziplin, Mandatspraxis und inhaltlicher Eigenständigkeit offen zu thematisieren. Konkrete Vorschläge aus der Diskussion umfassten den Verzicht auf Doppelmandate, die Einführung klarer Vorschlagsrechte für Parteimandate durch den Verband sowie den Ausbau gezielter Unterstützungssysteme für Juso-Mandatsträger*innen. Wichtig war dabei ein zentrales Prinzip: Politische Verantwortung gehört auch in Juso-Hände, aber auf Basis der Werte und Positionen des Verbands, nicht durch individuelle Anpassung an parteipolitische Machtverhältnisse.



Aylin (18) blickt auf die Jusos in NRW und sieht ganz viel Zukunft!



Auch unsere eigene Öffentlichkeitsarbeit stand zur Debatte. Immer wieder kam die Frage auf, wie wir mit unseren Inhalten mehr Menschen erreichen und gleichzeitig glaubwürdig bleiben können. Eine vorgeschlagene Doppelstrategie setzt dabei auf zwei Ebenen an: Einerseits sollen Inhalte professionell über klassische Kanäle wie Pressearbeit und Social Media verbreitet werden. Andererseits braucht es gezielte Formen der persönlichen Ansprache, direkte Gesprächsangebote und die Fähigkeit, komplexe Inhalte in zugänglicher Sprache zu vermitteln. Die politische Theorie, die uns begeistert, muss auch andere begeistern können, ohne populistische Verkürzung, aber mit spürbarer Relevanz.

ALTSTRUKTUREN REICHEN NICHT MEHR

Neben strategischen Fragen wurden auch strukturelle Herausforderungen im Verband thematisiert – vor allem in Bezug auf Jugendverbandsarbeit vor Ort. In einer eigenen Arbeitsphase unter dem Titel „Jusos & Ju-

gend“ wurde deutlich: Die Anforderungen an ehrenamtliche Strukturen steigen, während viele Verbände mit einer stagnierenden oder gar sinkenden Zahl von Aktiven kämpfen. Die bisherigen Strukturen stoßen unter veränderten Bedingungen (Social Media, neue Lebensrealitäten, weniger Verbindlichkeit) an ihre Grenzen.

SPASS IST KEIN GEGENSATZ ZU ERNSTHAFTIGKEIT

Die daraus abgeleiteten Impulse waren klar: eine stärkere Zentralisierung inhaltlicher und organisatorischer Arbeit, niedrigschwellige Angebote zur Verantwortungsübernahme sowie die bewusste Förderung eines solidarisichen, motivierenden Miteinanders. Oder wie es jemand auf den Punkt brachte: „Wir müssen den Spaßfaktor wieder ernst nehmen.“ Politische Arbeit darf anstrengend sein – aber sie soll auch Kraft geben und Zugänge schaffen, besonders für neue, junge Aktive.

VON DER DEBATTE ZUR STRUKTUR

Der Zukunftstag war in vielerlei Hinsicht ein Auftakt für einen gemeinsamen Prozess. Die erarbeiteten Vorschläge und Impulse werden derzeit zusammengeführt, ausgewertet und aufbereitet. Ziel ist es, daraus ein gemeinsames Impulspapier zu entwickeln, das dem Verband als strategische Grundlage für die kommenden Monate dienen soll, sowohl auf Landesebene als auch zur Unterstützung der Arbeit vor Ort.

Wir haben in Dortmund nicht nur diskutiert, was uns stört. Wir haben begonnen, systematisch zu klären, was wir verändern wollen und wie wir das gemeinsam angehen. Mit strategischer Klarheit, mit politischem Anspruch, mit Lust auf Verantwortung. Und mit dem festen Willen, aus Ideen Strukturen zu machen.

FÜR EUCH IM NRWSPD-LANDESVORSTAND

Liebe Jusos,

wir sind nun im Landesvorstand der NRWSPD – getragen von eurer Unterstützung, eurer Stimme, eurem Vertrauen. Jetzt ist die Zeit, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Wir laden euch ein, gemeinsam mit uns zurück auf den Parteitag und nach vorne auf unsere Vision zu blicken: junge Menschen als kompetente Gestalter*innen in allen politischen Feldern zu zeigen – progressiv, selbstbewusst und verbindend – für eine starke SPD und junge Stimmen im Land.

RÜCKBLICK AUF DEN PARTEITAG:

Der ordentliche Parteitag der NRWSPD im Mai 2025 war für uns ein wichtiger Schritt nach vorne. Wir haben drei Juso-Anträge eingebracht, von denen zwei angenommen wurden:

- Die Beendigung der Klassenjustiz: damit auch Menschen mit geringeren Mitteln Zugang zu Rechtsmitteln haben.
- Der Einsatz von Bodycams bei Polizeieinsätzen – zur Transparenz und zum Schutz.
- Unser Antrag zum Justizneutralitätsgesetz wurde knapp abgelehnt. Das aber zeigt: unsere Ideen bewegen die Partei.

Wir nehmen das mit unserer Wahl verbundene Vertrauen, uns für solche Beschlüsse einzusetzen und für ihre Umsetzung zu kämpfen, an und werden in den kommenden zwei Jahren alles dafür tun, damit unsere Positionen als Jusos in dieser Partei laut und deutlich gehört werden.

UNSERE MISSION ALS JUSOS IM LANDESVORSTAND – WAS WIR VERÄNDERN WOLLEN:

Junge Interessen verbunden mit fachlicher Kompetenz

In den nächsten zwei Jahren bringen wir nicht nur junge Perspektiven, sondern vor allem klare Inhalte ein – in Arbeit & Wirtschaft, Klimaschutz, Bildung, Digitalisierung, Justizpolitik, Sicherheit und mehr. Wir sind Expert*innen in unseren Themengebieten, wir kommen nicht nur aus der Juso-Jugend, sondern formen die Politik aktiv mit.

Progressive Positionen mitgestalten – gemeinsam nach vorne

Progressive Ideen gehören in den Mittelpunkt – nicht an den Rand. Wir wollen unsere Herzensthemen und die von uns NRW Jusos auf den Weg gebrachten Beschlüsse kraftvoll voranbringen. Wir sind unbequem, kritisch, konstruktiv – immer mit Blick auf unser aller Verantwortung für ein gerechteres Leben der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Mehr Beteiligung – transparente Strukturen in der NRWSPD

Wir sind fest überzeugt: Eine Partei gewinnt nur, wenn sie diverse Perspektiven einbindet, transparent agiert und echte gesellschaftliche Antworten für die Zukunftsfragen findet. Unsere Verjüngung ist kein symbolischer Akt – sie ist die Verantwortungsübernahme für die eigene Zukunft.

Wir machen uns stark dafür, dass unsere Partei offener und transparenter wird. Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein, Arbeitsgruppen inklusiv arbeiten – und junge Stimmen sichtbar mitwirken.

Aus diesem Selbstverständnis ist für uns vor allem eins klar: Wir stehen für euch als Ansprechpersonen im Landesvorstand bereit: Ihr könnt euch jederzeit bei uns melden.

Eine Wahl jagt die andere – junge Stimmen stärken!

Auch wenn wir gerade im Kommunalwahlkampf fast genauso viele Sohlen durchlaufen wie so viele von euch, ist für uns klar: 2027 steht die Landtagswahl an. Wir werden dafür sorgen, dass junge Menschen nicht übersehen, sondern strategisch eingebunden und als politische Kraft ernst genommen werden – im Wahlkampf, auf den Listen und bei inhaltlichen Entscheidungen.

Nicht zuletzt geht es vor allem auch darum, junge Menschen wieder politisch zu mobilisieren. Mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Kampagnen, Beteiligungsformaten und regionaler Vernetzung, die schon weit vor dem Wahlkampf anfängt und ehrlich für unsere Überzeugungen wirbt, wollen wir gerade junge Wähler*innen aktiv ansprechen.

UNSER VERSPRECHEN AN EUCH

- Wir sind eure Sprecher*innen im Landesvorstand – wir hören zu, wir greifen auf, wir vertreten.
- Wir arbeiten inhaltlich fundiert und nehmen euch als Verband mit – auf Augenhöhe und durch Einbindung bei Juso-Veranstaltungen.
- Wir streben eine transparente Entscheidungskultur an und schaffen Räume für Beteiligung.

Mit erhobenen Fäusten fürs Gruppenfoto gestartet, mit klarer Haltung in die Arbeit im Landesvorstand aufgenommen. Jetzt ist die Zeit, Politik zu gestalten. Mit euch. Für ein gerechtes NRW.

NELE CZANIERA (27)

ist Biologin und promoviert derzeit an der Universität Bielefeld. Sie ist die jüngste Vorsitzende eines SPD-Unterbezirks – in ihrer Heimatstadt Paderborn. Dort war sie zuvor auch Juso-Kreisvorsitzende. Auch im Regionalvorstand der Jusos OWL hat sie sich viele Jahre aktiv eingebracht. Ihre politischen Schwerpunkte spiegeln sich auch in ihrem Engagement in der IG Metall wider: Arbeits- & Gewerkschaftspolitik, Transformation sowie Berufsbildungspolitik.

 @nele.czaniera

MAXIMILIAN (MAXI) REECK (26)

wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden der NRWSPD gewählt – als jüngster jemals. Maxi bringt neben seinem beruflichen Hintergrund als Bachelor of Laws und Verwaltungsbeamter beim LKA NRW vier Jahre Erfahrung im Landesvorstand der NRW Jusos sowie viele Jahre als Juso-Kreisverbandsvorsitzender in Herford mit – und eine klare Vision: einen Staat, der funktioniert – sicher, gerecht, digital.

 @maximilian_reeck

THORBEN PEPING (26)

studiert Politikwissenschaft und Soziologie und war Vorsitzender der Jusos Oberberg. 2022 hat er im Wahlkreis Oberbergischer Kreis I für den Landtag kandidiert und ist bereits seit 2023 Mitglied im Landesvorstand der NRWSPD. Außerdem ist er seit 2022 Beisitzer im Regionalvorstand der SPD Mittelrhein. Er engagiert sich besonders in Bildungspolitik, Klimaschutz und Sozialpolitik.

 @thorbenpeping

LISA FULLERT (28)

ist als Jugendbildungsreferentin tätig und hat zuvor ihr Studium zum Master of Education abgeschlossen. Sie ist stellvertretende Parteivorsitzende im Kreis Recklinghausen und war dort zuvor als Juso-Kreisvorsitzende tätig. Ihre Herzenthemen, gute Arbeit und Transformation, Bildung und Ausbildung sowie Antidiskriminierung entspringen vor allem aus ihrem langjährigen gewerkschaftlichen Engagement.

 @lisaa_mf

FRANCA BAVAJ (25)

studiert Politikmanagement im Master. Neben dem Studium arbeitet sie in einem Abgeordnetenbüro im Landtag. Politisch ist sie in Düsseldorf verankert – als langjähriges Vorstandsmitglied der Jusos, stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende und Bürgermitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales der Stadt. Ihre Schwerpunkte liegen in der Wissenschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Hier setzt sie sich für eine solidarische Gesellschaft ein, in der alle Platz haben.

 @franca168



ERINNERN IN ZEITEN DES RECHTSRUCKS

Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern, sind zunehmend Angriffen durch extreme Rechte ausgesetzt. Auch wenn es noch keine vollständige statistische Erfassung gibt, sind über 1.000 Vorfälle seit 2019 polizeilich registriert. Darunter sind beispielsweise Sachbeschädigungen wie Zerstörungen und Schmierereien, Holocaust-Leugnung in Gästebüchern bis zu ganz konkreten Drohungen gegen das Personal.

Das NS-DOK der Stadt Köln und der Erinnerungsort Alter Schlachthof an der Hochschule Düsseldorf haben jetzt eine Broschüre publiziert, die auf über 100 Seiten Impulse gibt für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, mit Antisemitismus und Rassismus in den Gedenkstätten.

Sabine Reimann ist Mitherausgeberin und arbeitet an der Hochschule Düsseldorf am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus. Dort ist auch der Erinnerungsort Alter Schlachthof angesiedelt, der an die Verschleppung von fast 6.000 Juden und Jüdinnen in Ghettos und Konzentrationslager (KZ) während der Nazi-Zeit erinnert. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin forscht und lehrt sie zur extremen Rechten und ist in der historisch-politischen Bildung tätig. Das Interview führte Maximilian Lykissas aus unserem Landesvorstand.

ERINNERUNGORT
ALTER SCHLACHTHOF

NS-
DOK

Positionierte Orte.



Impulse zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorten

INWIEFERN IST DIE RECHTSENTWICKLUNG AUCH AN NS-GEDENKSTÄTTEN SPÜRBAR?

Dass derzeit ein Fünftel der Bevölkerung bereit ist, einer extrem rechten Partei ihre Stimme zu geben, schlägt sich überall nieder, auch an Gedenkstätten. Zum einen gibt es bundesweit mehr Neonazi-Sticker auf den ehemaligen KZ-Geländen, mehr Vandalismus mit eindeutig rechten Botschaften und viel Hate Speech in den Sozialen Medien. In manchen Regionen tragen ganze Schulklassen provozierend rechte Haltungen und aggressive Ablehnung vor sich her, wenn sie eine Gedenkstätte besuchen müssen. Natürlich hat auch der Antisemitismus, oft israelbezogen, seit dem mörderischen Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 eine ganz andere Dimension bekommen. Aber auch migrationsfeindliche Stimmen werden lauter, und die, die sich ein Ende der Erinnerungsarbeit, wie wir sie betreiben, wünschen.

WELCHE ROLLE SPIELEN RECHTE GESCHICHTSDEUTUNGEN?

Auch die sind präsenter geworden. Besuchende fallen mit Äußerungen auf, die den Holocaust relativieren. Das ist auch eine Folge der Pandemie. Unter denen, die gegen die Maßnahmen zur Eindämmung auf die Straße gingen, waren einige, die unzulässige Vergleiche zum nationalsozialistischen (NS-) Regime gezogen haben oder sich sogar mit einem Davidstern als neue Verfolgte inszenierten. Sowas bleibt hängen. Ein weiterer Grund ist natürlich, dass die AfD versucht, die Grenzen des Sagbaren auch geschichtspolitisch zu verschieben und Schlussstrichforderungen aktualisiert. Wenn Alice Weidel bei Carmen Miosga die Gewalt der Novemberpogrome 1938 gegen Juden und Jüdinnen mit einer Sachbeschädigung an einem AfD-Büro vergleicht und Höcke auf Marktplätzen SA-Parolen (SA = "Sturmabteilung"; Kampforganisation der Nazis) ruft, ermutigt das natürlich ihre Sympathisant*innen, es ihnen gleichzutun.

Man muss Geschichtsrevisionismus deutlich widersprechen, und sich immer wieder darüber informieren, welche Erzählungen die extreme Rechte nutzt und auch wie sie diese pusht, auch in Social Media. Dass Hitler ein Kommunist gewesen sei, sind offensichtlichste Fake News. Neonazi-Propaganda vom sogenannten „Bomben-Holocaust“ ist auch als solche zu erkennen. Aber wenn es z.B. um angebliche Verbrechen der Alliierten in den sogenannten „Rheinwiesenlagern“ geht, ist das ein Signalwort, was weniger bekannt sein dürfte.

WIE KANN EINE DEMOKRATISCHE ERINNERUNGSKULTUR AUSSEHEN?

Wer an die Shoa erinnern will, sollte sich auch fragen, was dieses beispiellose, unfassliche Massenverbrechen ermöglicht hat. Der NS erwuchs aus demokratischen Verhältnissen. Die Nationalsozialisten putschten sich nicht etwa mit dem Militär an die Macht, sondern wurden gewählt, auch von vielen aus der Arbeiterschaft. Die NSDAP hatte die rechtskonservativen und nationalen Kräfte als Steigbügelhalter an ihrer Seite und auch Unterstützung aus der Wirtschaft. Gleichzeitig war der antifaschistische Block zu schwach und zerrissen. Und sie konnten auf den Antisemitismus, auch in seiner vernichtenden Form, als ideologisches Bindeglied vertrauen, sowohl was die Eliten betraf als auch bis tief in die sogenannte „Volksgemeinschaft“ hinein. Die Ideologien der Ungleichheit haben Kontinuität und verursachen heute massive Gewalt gegen die Betroffenen.

WIE SOLLTE EINE ERINNERUNGSKULTUR DANN GESTALTET SEIN?

Ich denke, sie muss gerade jetzt klar positioniert sein, im Sinne einer antifaschistischen Grundhaltung. Man kann sie aktiv und kritisch mitgestalten, gerade wenn sie einem, was manche kritisieren, ritualisiert, museal und staatstragend erscheint. Oder, wie die Shoa-Überlebende Ruth Klüger schrieb, wie

eine lauwarme Badewanne der Erinnerung. Ich würde dazu einladen, das Gedenken mit den politischen Fragen, die einen beschäftigen zusammenzudenken und nach den Widersprüchen zu fragen. Da wo es unbequem und sperrig wird, ist man meistens richtig.

WAS KÖNNEN DIE JUSOS TUN?

Jusos können sich ihrer eigenen Geschichte bewusst sein und die vielen Sozialdemokrat*innen in Erinnerung rufen, die von den Nazis umgebracht wurden. Sie können eigene Erinnerungsarbeit initiieren und bestehende Gedenkstättenarbeit in ihrer Nähe unterstützen, auch politisch und finanziell. Viele kennen Auschwitz, die Orte vor der eigenen Haustür aber nicht. Großartig sind längere Kooperationen, gemeinsames Erforschen und Projekte, die nicht nur das Bildungsbürgertum ansprechen.

Wir brauchen die Jusos als Verbündete an unserer Seite, erst recht, wenn die AfD 2029 Regierungsverantwortung tragen sollte. Dann wird die Erinnerungsarbeit, wie wir sie jetzt kennen, als Orte der historisch-politischen Bildung im Sinne der Menschenrechte massiv in Frage gestellt werden.

NUTZLICHE LITERATURHINWEISE
UND WEITERE INFORMATIONEN IN
DER LINKSAMMLUNG VON
„POSITIONIERTE ORTE“



„NIE WIEDER“ IST KEIN RITUAL

EINDRÜCKE UNSERER GEDENKSTÄTTENFAHRT

*Vom 25. bis 27. April war ich gemeinsam mit Genoss*innen der NRW Jusos auf Gedenkstättenfahrt – eine Reise, die mich sehr bewegt hat. Wir besuchten zwei Orte, an denen die nationalsozialistische Barbarei bis heute spürbar ist: das Stammlager 326 in der Senne und die Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg.*

Im Stalag 326 erfuhren wir vom Leid der über 300.000 sowjetischen Kriegsgefangenen. Zwischen 15.000 und 70.000 von ihnen wurden ermordet. Eine Geschichte, die im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent ist. In der Wewelsburg, einst Kult- und Terrorstätte der SS (Schutzstaffel; Terror- und Unterdrückungsorganisation der Nazis), beschäftigten wir uns zwei Tage lang mit Ideologie, Täterschaft, KZ-Alltag – und der Rolle der Dorfgemeinschaft.

Wieder wurde deutlich: NS-Gewalt war kein fernes System, sondern gesellschaftlich verankert – mitgetragen, geduldet, manchmal vorangetrieben. Diese Gedenkstättenfahrt war keine Reise in die Vergangenheit. Sie war eine politische Mahnung für das Hier und Jetzt. Was mich dabei besonders beschäftigt hat: Wie gedenken wir eigentlich?

Kurz nach der Fahrt war ich im Theaterstück „Fremd“ bei den Ruhrfestspielen. Ein eindringlicher Monolog über das Leben eines jüdischen Kindes im Nachkriegsdeutschland – voller Angst, Ausgrenzung, Fremdheit. Ein Text über ein Kind, das im Land der Mörder*innen Wurzeln schlagen soll. Michel Friedman gibt im Text denen eine Stimme, die auch Jahrzehnte nach der Shoah als „die Anderen“ markiert werden: Jüdinnen und Juden,

Migrant*innen, queere Menschen. In einer Gesellschaft, die zu oft vorgibt, „über alles hinweg zu sein“, bleibt das Fremdsein real. Und seine Frage bleibt aktuell: Was bedeutet es, fremd zu sein – in einer Gesellschaft, in der eigenen Geschichte, in sich selbst? Ein Satz hat sich bei mir eingebrannt: „Niemand ist niemand, und jeder ist jemand.“

Es ist ein Appell: Diejenigen zu stärken, die dazugehören wollen – und nicht, wie Rechte und Faschist*innen es heute wieder tun, Menschen abzuwerten, auszugrenzen und gegeneinander auszuspielen. Das ist der rote Faden, der sich vom Nationalsozialismus bis heute zieht: Die politische Strategie, Menschen zu entmenslichen. Damals war es tödlich. Heute steht die AfD wieder bereit, mit völkischem Denken und rassistischer Hetze, mit der Verachtung für Vielfalt und Demokratie. Dagegen helfen keine bloßen Gedenkrituale. Was wir brauchen, ist politisches Gedenken. Erinnerungsarbeit darf nicht museal sein. Sie muss unbequem, lokal und aktiv sein.

Deshalb: In ganz NRW gibt es Gedenkstätten, nicht nur die großen und bekannten. In fast jeder Region leisten kleine Initiativen und Ehrenamtliche wichtige Arbeit – oft unterfinanziert und übersehen. Sie brauchen

unsere Unterstützung – auch kommunalpolitisch. Die letzten Generationen haben Räume erkämpft – wir dürfen nicht zulassen, dass sie stillschweigend wieder geschlossen werden.

Deshalb gebe ich euch von unserer Gedenkstättenfahrt mit: Organisiert euch in euren Juso-Unterbezirken und -Kreisverbänden, sucht den Kontakt zu Gedenkinitiativen, besucht lokale Erinnerungsorte. Werdet selbst aktiv. Denn es gibt noch so viel Unbekanntes zu lernen – wie das Schicksal der sowjetischen Soldat*innen im Stalag, das jahrzehntelang nahezu vergessen war. Und immer wieder gilt es, das Erinnern selbst zu hinterfragen: Was bedeutet „Nie wieder“ in einer Zeit, in der Überlebende uns sagen, dass Gedenken oft zur hohlen Phrase wird – wenn es nicht verbunden ist mit echtem politischem Handeln, mit Haltung und Solidarität?



Liam (27) lebt Bildungsarbeit – beruflich als Jugendbildungsreferent beim DGB Münsterland und bei den Jusos Münster als Verantwortlicher im Vorstand. Er organisiert unter anderem die jährliche Woche gegen Antisemitismus – und fragt dabei immer wieder: Wie erinnern wir eigentlich – und warum?



GENOSS*INNEN FÜR DIE ENERGIEWENDE

*Die Klimakrise wartet nicht. Damit NRW seinen Beitrag zur Energiewende leistet, müssen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien entschlossen vorangehen – vor allem auf kommunaler Ebene. Doch die Energiewende wird nur dann sozial gerecht und demokratisch sein, wenn Bürger*innen nicht nur betroffen, sondern beteiligt sind. Eine zentrale Rolle kann dabei die genossenschaftliche Umsetzung von Windkraft spielen.*

Genossenschaften stehen für demokratische Mitbestimmung, lokale Verankerung und gemeinsame Verantwortung. Wenn Bürger*innen vor Ort selbst Anteile an Windkraftanlagen halten, profitieren sie nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch – etwa durch günstigen Strom oder Rückflüsse in Form von Dividenden, außerdem bleibt auch ein Großteil der Wertschöpfung in der Region. Statt Gewinne an große Energieunternehmen abfließen zu lassen, fließen sie zurück in die Kommune – in die Daseinsvorsorge, in Schulen, in Busverbindungen oder in neue Klimaschutzprojekte.

Dass das funktionieren kann, sehen wir bereits an vielen Orten in NRW. Die BürgerEnergieGenossenschaft Südwestfalen betreibt mehrere Windräder im Sauerland, an denen über 400 Menschen beteiligt sind. Im Münsterland ist die Bürgerenergie Steinfurt eG aktiv. Hier wurde ein Windpark realisiert, der von über 200 Genoss*innen getragen wird. In Steinfurt wurde dabei mit einem Beteiligungsmodell gearbeitet, das auch einkommensschwächeren Menschen die Teilhabe ermöglicht hat.

Gerade solche Beteiligungsmodelle sind entscheidend, damit Windkraftgenossenschaften nicht nur einem kleinen Teil der Bevölkerung dienen. Dort, wo das nicht gelingt und sich Windgenossenschaften privat ohne kommunale Unterstützung gründen, spricht

man nicht ohne Grund von „Windbaronen“ oder „Windadel“, wenn es um den kleinen Teil der Bevölkerung geht, der Zugang zu solchen Projekten hat. Für uns ist klar: Nicht die Rechtsform der Genossenschaft wird die nötige Akzeptanz und Beteiligung für die Energiewende stärken, sondern nur ihre niedrigschwellige Ausgestaltung im Einzelfall.

Kommunen haben es in der Hand, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Sie können Flächen bereitstellen, Genehmigungsprozesse vereinfachen und bei der Gründung von Energiegenossenschaften selbst Mitglied werden.

Genossenschaftliche Modelle sind kein Allheilmittel. Sie erfordern Engagement, Know-how und einen langen Atem. Gerade in kleinen Kommunen fehlt es oft an Ressourcen, um komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren zu stemmen. Hier muss das Land NRW unterstützen – durch Beratungsangebote, Förderprogramme und rechtliche Vereinfachungen. Auch die finanzielle Beteiligung einkommensschwächerer Haushalte muss durch sozial gestaffelte Modelle ermöglicht werden. Energiedemokratie darf kein Luxus für Wenige sein, sondern muss von uns vor Ort für und mit denen, die auf saubere Energie in der Zukunft angewiesen sind, gestaltet werden.



Jonas (24) kommt aus Paderborn, wo sogar Hopfengetränke mit Windkraft gebraut werden. Zeit für eine Genuss*innenschaft?

ARME KOMMUNE - REICHE KOMMUNE

Warum der „Gewerbesteuer-Trick“ am Ende (fast) allen auf die Füße fällt – und dennoch alle Kommunen so ausgestattet sein sollten wie die „Gewerbesteueroasen“:

Nicht nur während der Kommunalwahl prägt uns vor Ort wohl kaum ein Thema so sehr wie die meist dramatische Haushaltslage der Kommunen in NRW. Bereits 2024 stellte man fest, dass nur 16 der 430 Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen konnten, während bereits damals 17 Kommunen als überschuldet galten. 240 Kommunen gingen davon aus, dass sie bis 2028 ihre gesamten Finanzreserven aufgebraucht haben würden.

Im ganzen Bundesland schlagen die Kämmerer bereits seit Jahren Alarm. Im ganzen Bundesland? Nein! Einige unbeugsame Gemeinden hören nicht auf, dieser Entwicklung Widerstand zu leisten. Für diese Gemeinden ist die Erfüllung von Pflichtaufgaben keine Herausforderung, stattdessen spricht man über Investitionen in Achtfachturnhallen oder kostenlosen Nahverkehr. Und falls dabei mal mehr Ausgaben als Einnahmen entstehen, werden die Haushalte aus komfortablen Rücklagen aus vergangenen Steuerjahren ausgeglichen.

Gemeinden, die noch so arbeiten können, haben oft an einer entscheidenden Schraube gedreht:

AM HEBESATZ DER GEWERBESTEUER.

Eines der prominentesten Beispiele für eine zunächst erfolgreiche Senkung der Gewerbesteuer ist die Stadt Monheim. Bereits 2012 machten sie und ihr Bürgermeister Daniel Zimmermann – damals noch jüngster Bürgermeister in NRW – Schlagzeilen mit diesem auf den ersten Blick so einfachen wie genialen Schachzug. Durch die Senkung der Gewerbesteuer auf den niedrigsten Satz in ganz NRW zog die Gemeinde mit 44.000 Einwohner*in-

nen kontinuierlich große Unternehmen an. Dazu gehören DAX-Konzerne wie BASF und Henkel. Die sogenannte „Gewerbesteuer-Dumping-Strategie“ ging zunächst voll auf. Monheim wurde nicht nur schuldenfrei, sondern mit der Zeit zur reichsten Gemeinde in ganz NRW.

VON STÄDTEN WIE MONHEIM LERNEN?

Natürlich geht diese Strategie mit vielen später beschriebenen Risiken einher und ist schon aus Gründen einer solidarischen Verteilung von Steuereinnahmen und -lasten unter den Kommunen grundsätzlich abzulehnen. Als Jusos sollten wir trotzdem einen kurzen Blick nach Monheim wagen, weil wir uns nicht daran gewöhnen dürfen, in unseren Forderungen vor der Utopie stehen zu bleiben. Es ist selbstverständlich, dass wir momentan politisch dafür arbeiten, die Kommunen in NRW durch eine dringend benötigte Altschuldenlösung und eine gerechtere Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen wieder in sicheres finanzielles Fahrwasser zu bringen. Monheim bietet für uns aber einige wichtige Beispiele dafür, was gut ausfinanzierte Kommunen leisten können. Kostenloser öffentlicher Nahverkehr, Gratis-WLAN im Gemeindegebiet und Essenszuschüsse in der Kita sind nur einige Beispiele dafür. Monheim zeigt: Kommunen können erst mit ausreichendem finanziellem Spielraum beginnen, ihr Gemeindegebiet tatsächlich im Sinne ihrer Einwohner*innen zu gestalten. Gerade vor Ort brauchen Menschen diese unmittelbar positive Erfahrung mit dem Staat.

Gleichzeitig zeigt sich in Monheim auch ein Grundproblem staatlichen Handelns, mit dem wir uns ungern auseinandersetzen: Hat der Staat Geld, gibt er es auch gerne aus.

Da werden Pyramiden erweitert und laut Presseberichten soll auch über Yachthäfen nachgedacht worden sein. Aus Monheim können wir Jusos somit nicht nur lernen, was Kommunen mit genügend Geld alles leisten können, sondern auch, wie wichtig gerade dort, wo Geld vorhanden ist, transparente Haushaltsführung und ausreichende Beteiligung werden.

DIE KEHRSEITE DES „GEWERBESTEUER-TRICKS“

Dieses Jahr durfte Monheim zwei Schwächen der „Gewerbesteuer-Dumping-Strategie“ kennenlernen: Zum einen die erhöhte Abhängigkeit von tagesaktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen – unter anderem die wirtschaftliche Schwächung des Bayer-Konzerns führte unmittelbar zu einer drastischen Verschlechterung der Einnahmesituation. Zum anderen konnte dieser verschlechterten Einnahmesituation keine Erhöhung der Gewerbesteuer entgegengestellt werden, weil man damit die „grundsteuersensiblen“ Unternehmen vor Ort direkt vertrieben hätte. Gerade jetzt, wo sich im Kreis immer mehr Gemeinden den Sätzen von Monheim angepasst haben. Am Ende lohnt es sich eben doch mehr, für eine gemeinsame Lösung für alle Kommunen zu kämpfen, als den Einzelkämpfer mit Yachthafen zu spielen. Bevor übrigens Bauprojekte gestoppt wurden, wurden dann doch wieder die Kosten für das Kita-Essen erhöht.



Jonas (24) trickst höchstens mal beim Doppelkopf.

NIE WIEDER WEG?

AUS NRW WEGZIEHEN? IN DIESER AUSGABE GIBT ES DAFÜR ZWEIMAL CONTRA!

ROBIN:
JOHANNA:

Aus NRW wegziehen... Das habe ich schon hinter mir. Im Frühling 2023, als frisch ausgebildeter Tischler, wagte ich ein kleines Abenteuer und machte mich auf den Weg nach Schleswig-Holstein, um die borkenkäferzersetzten Hügel und den bröckeligen Beton meiner südwestfälischen Heimat gegen frische Nordseeluft und fellweißbesprenkelte Deiche einzutauschen.

Und klar, am Anfang fand ich es spektakulär, keinen Stau auf dem Weg zur Arbeit zu haben. Da wo es keine Talbrücken gibt, gehen schließlich auch keine kaputt. Das Leben war gemächlich, die Tage lang und das Leben fühlte sich eher nach „Werner Beinhardt“, als nach „Kalle Grabowski“ an.

Aber bald schon vermisste ich das Lebensgefühl NRW: Die Vielfalt und Geschäftigkeit seiner 30 Großstädte, die eingebettet sind in schöne (und manchmal funktionale) Landschaften; die zufriedenstellende Behaglichkeit zu wissen, dass man sich im kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum der Republik, nicht an ihrer Peripherie, befindet. Kurzum: Das Wissen, dass dein Bundesland dir in jeder Lebenslage geben kann, wonach du suchst. Denn es stimmt: In NRW gibt es einfach alles! Wir haben so viele Fußballvereine, dass man eine mittelgroße Sportnation damit versorgen könnte; genug Unis, um eine ganze Generation auszubilden und genug Schulden, damit wir das alles bezahlen können.

NRW ist vielleicht nicht das Aushängeschild der Republik, aber ganz sicher ihr Herz (und manchmal auch ihr Gehirn). Also: Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?

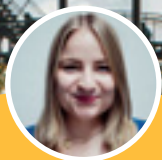
Auch wenn Lokalpatriotismus manchmal vielleicht etwas cringe ist, ist er doch für NRW angebracht. Als ich als Kind aus Halle (Saale) in eine kleine Stadt nach OWL (ich schreib es einmal aus: Ostwestfalen-Lippe) gezogen bin, war ich nämlich noch so gar nicht von NRW überzeugt. Letztlich hat es – neben einem Umzug nach Düsseldorf – Jahre gebraucht, bis ich NRW zu Hause nennen wollte. Der ausschlaggebende Faktor? Die Menschen!

Egal ob an Rhein, Ruhr oder an der Werre, NRW ist Begegnungsort für diverse Geschichten und Perspektiven. Wir sind echt miteinander und hören einander zu. Und vor allem ein Zuhause habe ich hier gefunden: die NRW Jusos! Die NRW Jusos sind für mich Zuhause, wenn wir wieder mal mit der eigenen Partei ringen, sei es in der Innenpolitik oder beim Thema Migration. NRW Jusos sind für mich zu Hause, wenn wir das Doomscrolling unterbrechen, um gemeinsam zum Karneval zu fahren. NRW Jusos sind für mich Zuhause, weil wir gemeinsam für eine Welt der Freien und Gleichen und gegen Faschismus in Parlamenten kämpfen. Ich möchte nicht aus NRW weg, weil ich bei den NRW Jusos bleiben möchte, denn ich würde sie unglaublich vermissen. NRW Jusos sind für mich Herzkammer.

Aus NRW wegziehen? Das muss ich also nicht, aber lasst uns nicht vergessen: Wir haben zum Glück in unserer Brust nicht nur eine Herzkammer, sondern vier. Und wir brauchen sie alle zum Überleben. Wenn also gerade mal eine andere Herzkammer (abseits der Begeisterung für dieses wunderbare Bundesland) stärker schlägt, dann ist vor allem eins klar: NRW bleibt zu Hause, NRW ist eine Bank, auch wenn ihr gerade mit dem Kopf oder gänzlich woanders seid!



Robin (22) ist als Jugendsünde einmal aus NRW weggezogen und wird es nie wieder tun.



Johanna (22) liebt NRW nicht nur wegen ihrer Loyalität zu Düsseldorf.





REZENSION VIDEOSPIEL: MARIO KART WORLD NINTENDO

Du wirst um deinen Sieg betrogen, deine Freund*innen werden zu Feind*innen und der Stresspegel steigt. Das sind typische Mario-Kart-Runden, die wir kennen. In Mario Kart World, dem neuen Spiel der Reihe für die Nintendo Switch 2, steigert sich dieses Feeling. Neben akrobatischen Einheiten, die man nun auf Rails und Wänden hinlegen muss, damit man ganz vorne mithalten kann, wartet kurz vor dem Ziel dann doch wieder zuerst der blaue und dann der rote Panzer.

Während also der Fun-Faktor sehr groß und die Open World schön gestaltet ist, gibt es leider Abzüge im Solo-Play: So ist die Neuerung, Missionen im Open-World-Modus zu meistern, schnell eintönig. Es sind in der Regel immer die gleichen Aufgaben: Sammle blaue Münzen, fahre von A nach B oder nimm an einem spontanen Rennen teil – alles natürlich unter Zeitnot.

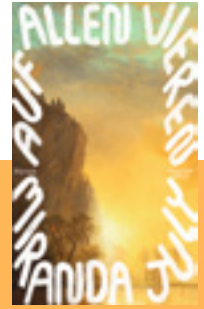
Trotzdem gibt es viele Easter Eggs im Game, die bis zurück zum ersten Mario Kart auf dem SNES gehen. Da wird einem warm ums Herz.

Der Preis ist absoluter Pain. Bisher zeichnete Nintendo sich dadurch aus, günstiger als die Konkurrenz zu sein und die Familie im Fokus zu haben. Das ist mit der neuen Preispolitik von Nintendo wohl verabschiedet worden.

Fazit: absoluter Spaß mit Freund*innen, aber Vorsicht: Die Abende werden laut. Kleine Abzüge im Solo-Play und Preis.



Patrick (32) ist seit Kindheitstagen Nintendo-Spieler, wartet auch manchmal auf Mitspielende in Mario Kart und teilt rote Panzer?



REZENSION BUCH: AUF ALLEN VIEREN – MIRANDA JULY KIEPENHEUER & WITSCH

Endlich mal ein Buch über eine Midlife-Crisis, in dem es nicht um einen Mann geht! „Auf allen vieren“ folgt einer 45 Jahre alten, namenlosen Protagonistin, die eigentlich einen Solo-Roadtrip von Los Angeles nach New York geplant hatte – dabei allerdings nur bis in eine wenige Kilometer entfernte Kleinstadt kommt, wo sie sich in den um einiges jüngeren Tankstellenwart Davey verliebt und sich kurzerhand dazu entschließt, in ein Motelzimmer zu ziehen und ihr Reisebudget für eine neue Zimmereinrichtung zu verpressen.

Miranda Julys Protagonistin stellt ihre Ehe in Frage, hat ein ambivalentes Verhältnis zum Spannungsfeld zwischen dem Muttersein und ihrem Job als Künstlerin, und erlebt im Laufe der Handlung Momente sexueller Befreiung, die jenseits von Monogamie und Heteronormativität liegen – all das vor dem Hintergrund ihrer sich anbahnenden Wechseljahre und während sie das Trauma der Geburt ihres Kindes verarbeitet.

Zu Beginn der Geschichte war ich erst etwas skeptisch, weil die Hauptfigur nicht unbedingt Sympathieträgerin ist. Aber mit jeder fragwürdigen und immer absurder werdenden Entscheidung, die sie trifft, sind meine Faszination und mein Mitgefühl für sie gewachsen. Das Buch ist an vielen Stellen auf den ersten Blick einfach nur merkwürdig, aber trotzdem emotional aufrichtig, mitreißend und originell.

Zwischen all den Romanen über verzweifelte, traurige Menschen in ihren Mittzwanzigern, die nicht wissen, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen, die ich sonst so lese, war „Auf allen vieren“ eine willkommene Abwechslung (Sally Rooney, ich lieb dich trotzdem!).

Von der Midlife-Crisis noch weit entfernt, bekommt **Pia (26)** allerdings bei schlechter Literatur die Krise. Bei diesem Buch – ein Glück – zum Glück aber nicht!



Impressum:

Herausgeber:
Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
Instagram: @nrwjusos
TikTok: @nrwjusos
Telegram: t.me/nrwjusos

Redaktion:
Joris Niggemeier (V.i.S.d.P.),
Aylin Genc, Michelle Gnatzy,
Jonas Kamrath, Evin Kina, Maximilian
Lykissas, Ida Reh, Leander Bröcker.
Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 12.000
Erscheint dreimal im Jahr

Bildnachweis:
Autor*innenbilder & allgemeines Layout: Pascal Skwara. P06: Nicolas Peyrol on unsplash. P07: Aravind Sreekumar Nair on unsplash; Asja Ahmetovic. P10: Valentin Bolder on unsplash. P11: Sporlab on unsplash. P12: Ralf Geithe on iStock. P14/15: NRWSPD | Jörg Holtkamp. P18/19: A.Savin, Wikipedia. P24: Reimann, Sabine, Michael Sturm und Hans-Peter Killguss im Auftrag des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln und des Erinnerungsorts Alter Schlachthof an der Hochschule Düsseldorf. P27: Barbara Horn on unsplash. P29: Jonathan Kemper on unsplash. P30: Nintendo, Kiepenheuer & Witsch. P31: ZDF, Piper Verlag.

GEFORDERT DURCH:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familien,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen





REZENSION SERIE:

INSIDE CDU

ZDF

Wer schon immer wissen wollte, wie angestrengt ein Männerhaufen versuchen kann, cool und hip zu wirken, sollte sich diese Dokureihe vom ZDF auf jeden Fall anschauen.

Hier trifft man junge Unionler*innen dabei, wie sie über Carsten Linnemann fangirlen, weil er wohl ein paar Mal mit ihnen gekickert hat, oder dabei, wie sie mega cringe TikToks zu Songs von Ritter Jean machen, um Merz zu promoten.

Ein Wort dafür: unangenehm.

Schon der Titel klingt wie ein Spin-off von House of Cards – nur ohne die strategischen, spannenden Momente, dafür mit vielen Gänsehautmomenten, aber eher aus Fremdscham.

Jeden Freitag – so zeigt die Doku – gibt es im Konrad-Adenauer-Haus eine Tanzparty, um die Mitarbeitenden zu motivieren. Ich glaube, im WBH würde das sogar Spaß machen, aber die Szenen, die sich in der CDU-Zentrale abspielen, könnten auch von einer Thermomix-Fan-Zusammenkunft stammen.

Mir hat jedenfalls insgesamt ein journalistischer, kritischer Blick auf die CDU während des Wahlkampfs gefehlt. Die CDU hat größtenteils die Chance bekommen, sich in dieser Doku zu inszenieren, ohne mal hinterfragt zu bekommen, was eigentlich mit dieser Partei im Wahlkampf los war. Carsten Linnemann, der Listen für Betroffene von psychischen Erkrankungen fordert, oder Friedrich Merz, der ein rassistisches Statement nach dem anderen raushaut – leider ist wenig Kritisches in dieser Doku zu sehen. Wenn man das ausblendet, ist die Doku sehr unterhaltsam und es ist auch mal interessant, einen etwas persönlicheren Eindruck von Spitzenpolitiker*innen zu bekommen.

Fazit bleibt dennoch: Die CDU ist nicht nur politisch, sondern auch (aus dem, was man in der Doku zu sehen bekommt) im Umgang richtig unangenehm. Und seit ich diese Doku gesehen habe, bin ich jeden Tag dankbar, dass ich nicht mit Mitte Zwanzig in einem sehr unstylischen, türkisen Hoodie mit dem Aufdruck „Merz für Kanzler“ rumrenne.



REZENSION BUCH: ELEMENTE UND URSPRÜNGE TOTALER HERRSCHAFT

HANNAH ARENDT / PIPER VERLAG



„Geschichtsschreibung großen Stils“ nannte Karl Jaspers dieses Buch, das Hannah Arendt berühmt machte. Die deutsch-jüdische politische Theoretikerin (Philosophin lehnte sie als Berufsbezeichnung für sich stets ab) schaffte es mit diesem Standardwerk der politischen Theorie, wegweisende Einsichten in die Entstehungsgeschichte und Funktion des Antisemitismus, des Imperialismus und die Mechanismen der totalen Herrschaft herauszuarbeiten. Dabei kam es ihr vor allem darauf an, das „Dritte Reich“ zu verstehen, ihre dabei gewonnenen Erkenntnisse über den Stalinismus sollten aber auch Beachtung finden.

Für dieses Buch muss man sich die Zeit nehmen, es in Ruhe zu lesen, dennoch ist es erstaunlich verständlich geschrieben. Die Autorin schafft es, viele der Begriffe, die wir in unserem täglichen politischen Leben gebrauchen, genauer zu untersuchen und weitere Bedeutungen freizulegen. Sie geht der Frage nach, woher der Antisemitismus als Ideologie gekommen ist und wie er sich gezeigt hat. Dabei geht sie nicht nur auf den Antisemitismus der Rechten ein, sondern weist ihn auch bei einem Teil der Linken nach.

In Bezug auf den Imperialismus arbeitet sie heraus, wie sich Kapital- und Machtinteressen zusammaten, um die Welt zu kolonisieren. Weiterhin führt sie aus, wie gefährlich und politikzerstörend die Bürokratie werden kann, die sie als „Herrschaft des Büros“ in einem für uns nicht unwichtigen Kontext erkannte.

Das Kapitel über totale Herrschaft ist das für unsere Zeit erschreckendste Kapitel. Sie arbeitet die Entstehung der Massenbewegung heraus und beschreibt, welche Gefahren in einer totalitären Bewegung liegen. Die Fehler der Parteien in der Weimarer Republik werden von ihr schonungslos aufgezeigt. Gerade hier kommt man beim Lesen ins Stocken, da wir etliche dieser Versäumnisse auch heute wieder erkennen können. Am Ende schließlich gelangt sie zu ihrer These, in der sie die totalitäre Herrschaft als neue Staatsform neben den althergebrachten Formen der Antike sieht, und nicht bloß als eine neue Form der Tyrannei.

Das wichtigste Buch der wahrscheinlich bedeutendsten politischen Theoretikerin, die „aus der deutschen Philosophie hervorgegangen ist“, wie sie es in einem Brief an Gershom Scholem 1963 einmal treffend beschrieb. Wir sollten sie wieder lesen.



Michelle (19) kann die CDU wirklich gar nicht leiden, fand die Doku an vielen Stellen aber leider sehr unterhaltsam.



Andi (25) lernt eigentlich für sein Examen, aber lenkt sich gerne mit Philosophie ab.

KOMMUNALWAHL MEMES

*Es ist wieder Kommunalwahlkampf –
der ganz normale Wahnsinn.*

*Humor hilft, vielleicht habt ihr sogar
noch mehr als die Meme-Brigade der
NRW Fusos!*

Mein Blick, wenn für all unsere Forderungen
wieder kein Geld da ist.



Und du bist wirklich in der SPD? Du siehst
so freundlich aus!



Wenn ich im Ortsverein erfahre, dass ich die
Social-Media-Strategie bin.



WIE DEN UND WENN GANZ ZU DEN
Wahlkommissionen
AUSKREUZEN



WENN ES SONNTAG 6 UHR IST, UND DIE
NÄCHSTE FRÜHVERTEIL AKTION ANSTEHT



„Damals hatten wir
eine Wahlbeteiligung
von 86,4 Prozent!“



„AUSO DEN PERSONLICH HALTE JA NICHTS
VON DIESEM TIKTAK, INSTAGRAM“



„FRÜHER HABEN WIR EINFACH EINEN
FLYER EINGEWORFEN UND DAS HAT
AUCH GEREICHT.“